

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimetergasse 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 48. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Altkorrespondenz Bochum.

Gegen die Diktatur des Geldsacks!

P. Z. Die Frage: „Demokratie oder Diktatur?“ ist wieder aktuell. Sie wurde diesmal von „oben“ in die Diskussion gedrängt. Schuld daran hat die Regierungsmethode des Kabinetts Brüning, das sich auch gern das „Kabinetts der Frontkameraden“ nennen hört.

Und es ist auch danach! Das heißt insofern, als sich die Leute die Politik als ein Stück Abenteuerleben vorstellen. Das Regieren können löst sich bei ihnen auf in die einfache Frage des Regieren wollen. Die großen geschichtsmachenden Fragen der Regierungsform und des Regierungssystems sind den „Frontkameraden“ in der Regierung nebensächlich. Sie sehen die höchste Form der Regierungskunst in einem schneidigen Paroledienst. Wo dann der Verhandlungsweg zur demokratischen Politik unangenehme Schwierigkeiten zeitigt, wird kurzerhand das Ziel über den Verordnungsweg erstrebt.

Und schließlich — so äußerte sich dieser Tage ein führender „Frontdemokrat“ — ist das Regieren mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung auch ein demokratisches Regieren, weil es ja als eine Möglichkeit des Regierens in der Demokratie und der Republik durch die Reichsverfassung zulässig erklärt sei.

Soll man mit solchen Leuten groß streiten? Das lohnt sich wohl nicht. Wessen Grundauffassung über Demokratie und Republik auf so schwammigem Boden beruht, der ist für eine ernste Diskussion über diese Fragen eben noch nicht reif. Das darf aber noch nicht gleichgültig machen gegen diese ganzen Zeiterscheinungen. Im Gegenteil: wir sind all dem gegenüber zu höchster Aufmerksamkeit verpflichtet.

Es droht Gefahr! Machen wir uns nichts weiß. Die Staatsgewalt als solche bedeutet immer noch einen mächtigen Faktor im Ringen der Wirtschaftsgesellschaft. Gewiß, wir zählen heute fünf Millionen freitragende Arbeiter. Niemand zweifelt daran, daß diese Gewerkschaftsmacht — im Ernstfall — fast unbesiegt sich erweisen müßte. Kein Arbeiter aber darf deshalb den vermessenen Glauben hegen und nähren, daß die Verlagerung der Staatsmacht und die Entwicklung der reinen Staatspolitik von der sozialen zur reaktionären Seite für uns gleichgültig sein darf.

Wir haben heute mehr zu verlieren als unsere Ketten! Jeder Verlust an politischem Einfluß und der Möglichkeit politischer Mitarbeit an der Staats- und Gesellschaftsverwaltung bedeutet für die Arbeiterklasse Abgleiten in politische Entrechtung und soziale Verelendung. Die wenigen Kostproben einer Diktatur des Kabinetts Brüning — Steigerwald — Treviranus auf Grund des Artikels 48 haben das ja zur Genüge offenbart. Als der Reichstag ausgeschaltet war, die Arbeiter also durch die Sozialdemokratie nicht mehr zu Gehör kamen in demokratischer Verhandlung, kam es Schlag auf Schlag:

Hundertmillionenraub an den Arbeitslosen, Vielmillionenraub an den Krankenschein- und Arzneibedürftigen, Lohnraub, Preiserhöhungen durch Zollerhöhungen, Steuererhöhung für die Arbeiter und Schonung des Besitzes, der viele Milliarden ins Ausland verschob usw. Um diese Entwicklung zu verhindern, gibt es für die Arbeiter nur den konsequenten Kampf um die Demokratie.

Das Regierungssystem der deutschen Republik beruht auf dem demokratischen Parlamentarismus. Danach kann ein Kabinetts nur dann regieren, wenn die Mehrheit des Reichstages ihm das Regieren erlaubt. Damit aber können auch nur solche Gesetze und Verordnungen Gültigkeit erlangen oder behalten, gegen die nicht eine Mehrheit der Abgeordneten stimmt. In diesen Tatsachen liegt der große Vorteil der Demokratie für das schaffende Volk, aber auch die große Gefahr für eine reaktionäre Kapitalistenklasse mit ihrem Troß.

Wir zählen in Deutschland rund 21 Millionen Handarbeiter und Angestellte. Ein großer Teil hiervon ist verheiratet und hat wahlberechtigte Familienangehörige. Diese Masse könnte, wenn sie restlos zusammengefaßt und einheitlich aufgeklärt wäre, bei jeder Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit erzielen. Leider ist das durch die partei- und geistespolitische Spaltung der Massen nicht möglich. Sicherlich aber wählen fast alle diese Schaffenden nur solche Abgeordneten und Parteien, von denen sie wenigstens glauben, daß sie ihre Interessen vertreten. Ob sie dabei richtig vertrauen, lehrt untrüglich allein ein demokratisches Regieren.

Nur beim demokratischen Regieren hat der Wähler die Kontrolle über seine gewählte Partei sowie seinen Abgeordneten. Partei und Abgeordnete sind also mit ihrer Politik in der Demokratie von dem Willen der Wähler, besonders also des schaffenden Volkes, abhängig.

So wird die Demokratie zu einer Diktatur der Wähler über die Parteien und Abgeordneten. Das mag bei dem Grade der heutigen politischen Massenbildung — unter Umständen — ohne praktische Bedeutung sein. Das erhält aber große Bedeutung in bestimmten Perioden der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung.

Wir befinden uns in einer solch bestimmten Periode. Der Kapitalismus befindet sich wieder einmal in einer gewaltigen Krise. Solche Krisen verlangen ungeheure Opfer an Profit- und Kapitalverlust, die von den Kapitalisten auf die Arbeiter abgewälzt werden.

An den Löhnen sollen die Verluste hauptsächlich eingesparrt werden durch Lohnabbau. Ebenfalls an den Beiträgen für die Sozialversicherung durch Abbau der Unfallrenten, des Krankengeldes, der Arbeitslosenversicherung, Steuern und öffentliche Abgaben sucht man zu senken, indem man sie auf die Arbeiterschaft abwälzt.

Zu all dieser Politik aber benötigt der Kapitalist die Hilfe des Staates und der Regierung. Das ist der Punkt, wo die vom Volk gewählten Abgeordneten in den bürgerlichen Parteien in schwere Bedrückung geraten. Das gilt besonders für die Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und der nationalen Parteigruppen.

Die Sozialdemokratie hat konsequent den Anschlag der Kapitalisten abgewehrt und ihre Politik abgelehnt. Im bürgerlichen Parteilager fanden sich nun auch nicht genug Abgeordnete, die den Mut hatten, mit den Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse Gesetze zu machen. Sie fühlten eben die Diktatur des demokratischen Regierungssystems, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Man fürchtete eben, daß dieses Volk, wenn man Gesetze gegen es macht, den Schuldigen nicht mehr die Staatsmacht übertragen, das heißt nicht mehr die Stimmen bei der Wahl geben wird.

Diese Tatsache, das heißt also die Demokratie, hat eine Mehrheit verhindert, die offensichtlich eine Politik gegen das schaffende Volk erlaubt.

Und hier erst setzte das Trauerspiel ein. Jetzt fanden sich ein paar sogenannte Frontkameraden (sprich: politische Stammtischkameraden) und ein paar „Frontdemokraten“ zusammen, die unter der Parole: „Das Vaterland in Not!“ (lies: „Die Kapitalistenklasse in Not!“) die berüchtigten „Notverordnungen“ auf Grund des Artikels 48 diktierten und das obengenannte Programm der Abwälzung aller Krisenopfer auf die Arbeiterschaft zu verwirklichen begannen.

Wir haben aber immer noch Demokratie in Deutschland. Und nach dem 14. September wird wohl oder übel wieder demokratisch regiert werden müssen. Das heißt also, der neue Reichstag hat über die Verordnungspolitik der Frontdemokraten zu entscheiden. Erkennt er diese Politik an, dann kann niemand das schaffende Volk vor den Schänden und Verlusten, die ihm dieselbe bringt, retten.

Es gilt also einen Reichstag zu wählen, der die Gewähr gibt, daß er gegen die Politik der Frontkameraden und Frontdemokraten sein wird. Wie ist das zu machen?

Man braucht nur die Schuldigen an dieser ganzen Entwicklung zu suchen. Sie sitzen in erster Linie im Zentrum, dann bei den Demokraten, die sich schon vor Angst in eine sogenannte Staatspartei verwandelt haben, damit man sie nicht wiedererkennen soll, und dann bei den sogenannten nationalen Gruppen, angefangen von der Volkspartei über die Wirtschaftspartei zu den konservativ-deutschen nationalen Gruppen.

Die Schuld dieser Parteien ist gleich groß. Sie ist nur doppelt vermerkt beim Zentrum und den Demokraten. Das sind Parteien, die sich vor den Wählern immer als demokratisch rühmen und mit einem sozialen Mantelchen präsentieren. Kein Arbeiter, der diesen Parteien geistig nahe steht, darf ihnen diesmal die Stimme geben!

Das ist die einzige Möglichkeit, um diesen Parteien die Macht der demokratischen Diktatur zu nehmen. Jeder Zentrumsarbeiter oder Demokrat, der am 14. September für eine bürgerliche Partei seine Stimme abgibt, der stimmt für die Diktatur des Geldsacks über das schaffende Volk!

Ein großer Teil der Arbeiter im Zentrum und bei den Demokraten wird das auch einsehen. Schwieriger ist es nur, auch die Arbeiterfrauen in dieser Krise über das alles zu belehren. Hier gilt es für unsere Leute besondere Aufklärungsarbeit zu leisten.

Allzu schwer ist das diesmal nicht. Die Not der Zeit gibt ja schon das Stichwort. Wo drei Millionen Arbeitslose vor den Türen stehen, da bedarf es keiner Schwarzmalerei bei den Frauen. Man erinnere an die Feiertage, die den Lohn des Arbeiters ganz gewaltig dezimieren. Und dann illustriere man daran die Diktaturpolitik des Bürgerblocks.

Noch nie hat eine Regierung eine solche Fülle von Verordnungen auf einmal erlassen, die alle auf eine Schmälerung des Arbeitereinkommens gerichtet sind. Wenn das die Arbeiterfrauen nicht begreifen, dann besteht überhaupt wenig Hoffnung, sie jemals von der Bedeutung der Politik für die Arbeiter überzeugen zu können.

Im Zentrum stellt man sich auch schon auf die großen Gefahren ein, die ihm aus der ganzen Situation erwachsen

können. Man schiebt wieder Kultur- und Religionsfragen in den Vordergrund nach altbewährtem Rezept. Aber schließlich zieht auch das nicht mehr. Man erinnere nur an folgendes:

Ueberall hört man von Zentrumsseite das Lied vom „Versagen der Sozialdemokratie“, die in dem letzten Jahrzehnt die Macht, die sie hatte, nicht anzuwenden gewußt hätte. Damit hätte die Sozialdemokratie ihre „Unfähigkeit“ auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete bewiesen. Sie könnte damit erledigt sein, wenn sie nicht eine so große Gefahr bedeute für Kirche und Religion.

Tatsache ist nun, daß die deutschen Kirchen- und Religionsgesellschaften noch nie solche Freiheiten und Befugnisse besaßen, als gerade in der Republik. Und dieses, trotzdem die Sozialdemokratie, nach der Lesart des Zentrums, die „große Macht“ besaß. Damit ist die ganze Demagogie der Religionsverheugung des Zentrums gegen die Sozialdemokratie gekennzeichnet.

Wenn aber die Sozialdemokratie ihre wirtschaftlichen Pläne noch nicht verwirklicht hat, dann nur deshalb nicht, weil sie nicht allein die Mehrheit besitzt und die bürgerlichen Parteien nicht mitmachen. Daß aber die Sozialdemokratie trotzdem ihre Macht ausnützt zugunsten der breiten Masse, beweist folgendes:

Vor dem Kriege mußten die Massen einen großen Teil ihrer Steuerlasten für die Besitzenden aufbringen. Nach dem Kriege kommen ihnen die Erträge der Massensteuern selbst wieder zugute. Das ergibt sich aus folgender Aufstellung (in Mill. M.):

	1918	1927
Massenbelastung (Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer, Zölle, Verbrauchssteuern, Reichsbahnbelastung, Ueberzuschüsse aus öffentlichen Betrieben)	2530	6780
Sozialleistungen (Wohlfahrtswesen, Wohnungswesen, Schulwesen, Kriegsversorgung)	1390	6940

1913 mußten die Massen fast doppelt so viel Steuern zahlen, als ihnen aus Sozialleistungen gewährt wurde. 1927 aber waren die sozialen und kulturellen Leistungen für die Massen mit rund 7 Milliarden höher als die Massenbelastung.

Das ist der Erfolg der Politik der Sozialdemokratie. Daher der Kampf des Bürgertums gegen die sozialpolitischen Errungenschaften.

Daher auch der jetzige Wahlkampf. Weil diese Errungenschaften wieder abgebaut werden durch die jetzige Regierung des Zentrums, der Demokraten und anderen bürgerlichen Parteien, deshalb hat die Sozialdemokratie ja den Reichstag gesprengt.

Und das ist es, was man heute allen Arbeiterfrauen lehren muß. Es geht buchstäblich um das Haushaltsgeld, um das Arbeitereinkommen. Nirgends kommt das klarer zum Ausdruck, als in dem Uebertritt des demokratischen Gewerkschaftsführers Anton Erkelenz zur Sozialdemokratie.

Für die demokratischen Arbeiter sollte damit ohne weiteres der richtige Weg gezeichnet sein. Wenn ihr anerkanntester Führer diesen Schritt unternahm, dann muß er dafür zwingende Gründe haben.

Es sind dieselben Gründe, die auch die freien Gewerkschaften in die Agitation für die Sozialdemokratie hineintrieben. Alle gewerkschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit stehen auf dem Spiel! Da gibt es kein Zögern mehr. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die sich zur Verteidigung dieser Errungenschaften im Parlament an die Seite der Gewerkschaften stellte. Es ist deshalb ein Gebot des Existenzkampfes, den die Arbeiter innerhalb ihrer Gewerkschaften kämpfen, daß sie sich bei der Wahl für die Sozialdemokratie entscheiden.

Auch die kommunistische Partei kann nicht für die Gewerkschaften in Frage kommen. Sie führt offen und offiziell den Kampf gegen die Gewerkschaften und deren Politik. Sie ist der erklärte Feind der Gewerkschaftspolitik. Es wäre deshalb kompletter Irrsinn, wollten wir als Gewerkschaften zur Unterstützung und zur Stärkung dieser Partei aufrufen. Von einer Partei, die offiziell den Kampf gegen unsere Politik führt, kann keine wirksame Unterstützung bei der Verteidigung der Errungenschaften unserer Politik erwartet werden.

Zum Schluß stehen dann die Nationalsozialisten (siehe auch Sonderartikel hierüber), die unter Führung der „Schwerarbeiter“ aus königlichem Hause, den altadeligen Familiensippen und den reaktionärsten Generalskreisen, ihren Befreierdienst anpreisen. Sie sind für unsere Bewegung keine Gefahr. Nur müssen wir versuchen, alle am Bürgertum verzweifelnden Schichten vom Zustrom zu diesen Demagogen abzuhalten und für uns zu gewinnen.

Kameraden, helft alle mit! Redet mit euren Frauen und Töchtern über all diese Dinge. Laßt nichts unversucht, auch wo es nur eine Stimme zu gewinnen gilt.

Der 14. September 1930 muß zu einem Ehrentag der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft werden. Sorgt dafür, daß ihr euch später rühmen könnt, an seinem Erfolge mitgearbeitet zu haben!

Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus.

Unter falscher Flagge.

Woll die Nationalsozialisten den unerschütterlichen Glauben der arbeitenden Menschen an den Sozialismus kennen, segeln sie unter falscher Flagge. Fälschlich nennen sie sich Arbeiterpartei, fälschlich nennen sie sich Sozialisten.

Die Nationalsozialisten sind eine von Kapitalisten gehäufte und mit kapitalistischem Geld unterstützte Partei. Sie maskieren sich sozialistisch, um ungeheure Arbeiter einzufangen. Im Mai 1930 setzte sich in der „Berliner Börsenzeitung“ der Putschist Ehrhardt mit Hitler und seiner Bewegung auseinander. Dabei erfährt man folgendes:

In der Hitlerbewegung bestehe darüber Streit, ob der Nationalismus oder der Sozialismus das Höhere in ihrer Bewegung sei. Hitler selbst habe sich mit „erfreulicher Deutlichkeit“ für das erstere entschieden.

Ehrhardt stellt fest, daß die Hinzunahme des Sozialismus demagogische Erwägung gewesen sei. Er spricht weiter ganz offen aus:

Der Nationalsozialismus habe dem Arbeiter zu sagen, daß seine sozialistische Idee falsch ist und er sie aufgeben müsse. Nur eine Herrengefönnung könne das Land hochbringen!

Am 26. und 27. April 1930 war in München eine Führertagung der Nationalsozialisten. Sie war notwendig geworden durch den Führerstreit Hitler gegen Goebbels, Strasser. Die Hitlerpresse berichtete nur in dunklen Andeutungen über eine zweistündige Rede Hitlers. Aber das wenige genügt. Hitler sagte u. a.:

„Der Nationalismus sei nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationalen Vorzeichen, sondern bedeute Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral, die weder proletarisch noch bürgerlich ist. Diese Mission sei so kühn und einzigartig, daß die innere Einheit der Partei unbedingt erhalten werden müsse und jeder politische oder taktische Richtungsstreit eine Sinnlosigkeit wäre.“

Mit dieser schwammigen Definition gaben sich die „Revolutionäre“ zufrieden. Jetzt kann jeder Nazi, „wie er es auffaßt“, weiterlügen.

Wie der große Hitler über die werktätigen Massen verächtlich denkt, zeigt folgender Ausspruch:

„Was Sie unter Sozialismus verstehen, das ist einfach frasser Margismus. Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale, und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschicht, die nicht wie Sie von irgendeiner Mitleidsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und sichert.“ (Hitler in einer Unterredung mit Otto Strasser am 21. Mai 1930.)

Geldgeber der NSDAP.

Die Nationalsozialisten nennen sich zwar eine Arbeiterpartei, aber es ist heute erwiesen, daß sie sich von der Großindustrie finanziell unterstützen lassen. Zu den nationalsozialistischen Geldgebern gehören

- der Blaue Textilindustrielle Mutschmann (70 000 M.),
- der Mühlsteinfabrikant Schneider aus Igehoe (rd. 40 000 M.),
- der Wäschefabrikant Becker in Geislingen,
- der Fabrikant Beschstein, ein ehemaliger Mitinhaber der Klavierfabrik Beschstein,
- der Verleger Hanftengl,
- Bauunternehmer Architekt Oppermann, Königsberg i. Pr.,
- Schuhwarenhändler Karl Gronwald, Königsberg i. Pr.,
- ferner nach Feststellungen der Münchener und Stuttgarter Polizeidirektion:
- Prinz Arenberg.

Im Mai 1927 wandten sich die Nationalsozialisten auch an den bekannten Stuttgarter Großindustriellen Robert Bosch mit folgendem Brief:

„Vertraulich!
Sehr geehrter Herr!

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei hat auch den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums auf ihr Programm geschrieben. Durch die Begeisterung ihrer Anhänger und durch ihre straffe Organisation ist sie allein in der Lage, dem Terror von links wirksam entgegenzutreten. Leider ist das ohne bedeutende Geldmittel nicht zu machen... Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als uns an die deutsch und deutschvölkisch gefönneten Kreise aus Industrie und Handel mit der Bitte um Unterstützung zu wenden... Für eine gute Verwendung der Gelder bietet Ihnen die Ehrlichkeit unserer Bewegung volle Gewähr.“

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hat ferner im Frühjahr 1930 vor dem Großgrundbesitzer Niederösterreichs und Breslauer Bankiers einen besonderen Berberortrag gehalten. Auch Adolf Hitler selbst hat wiederholt vor geschlossenen Versammlungen von Industriellen gesprochen, so im Ruhrgebiet, in Weimar und in Leipzig. Die Nationalsozialisten pflegen insbesondere Verbände von Industriellen um finanzielle Unterstützung zu bitten. Er unterhält ferner sehr enge freundschaftliche Beziehungen zu dem rheinischen Kohlenmagnaten Emil Kirdorf, der nebenbei auch in Aufsichtsrat der nach nationalsozialistischer Lesart „verjudeten“ Deutschen Bank-Diskontogesellschaft sitzt.

Wie sich die Finanzierung der NSDAP. durch Großindustrielle auswirkt, das zeigt deutlich der Offene Brief des früheren nationalsozialistischen sächsischen Landtagsabgeordneten Kapitänleutnant a. D. Helmuth von Mücke, der am 3. August 1929 schrieb:

„Herr Hitler ist im Laufe der letzten Jahre mehrmals nicht imstande gewesen, mir gegebene verbindende Versprechen gegen den Willen des sächsischen Gauleiters, des Spitzenfabrikanten Herrn Mutschmann in Plauen durchzuführen. Ich verspreche mir nichts von der Zukunft einer Partei, deren Führer sich nicht einmal innerhalb der Partei durchsetzen kann, wobei es ein offenes

Geheimnis ist, daß der Einfluß des Herrn Mutschmann darauf beruht, daß er als reicher Fabrikant Herrn Hitler sich finanziell verpflichtet hat.“

In einem anderen Brief Mückes von 29. Aug. 1929 heißt es: „In Sachsen z. B. kommandiert Herr Mutschmann und nach dessen Pfeife muß Hitler tanzen.“

Und im gleichen Brief schreibt Mücke von der NSDAP., sie sei „vollkommen vom Geld abhängig“.

Nach Mitteilung des früheren Nazi-Agitators Friedrich Schrieb der genannte Fabrikant Mutschmann am 19. April 1929 an rechtsstehende Großkapitalisten einen Bittbrief um Wahlsondospenden.

Nationalsozialistische Korruption.

Die Nationalsozialisten erheben den Anspruch „Reiniger und sittlich: Erneuerer Deutschlands“ zu sein und wettern gegen jeden Korruptionsstand, vor allem, wenn darin Personen mit jüdisch klingenden Namen verwickelt sind. Dazu haben sie allerdings die geringste Veranlassung, denn in ihrer eigenen Partei sieht es nichts weniger als lieblich aus.

In Königsberg i. Pr. mußte der ehemalige Gauleiter der Nationalsozialisten, Schreier, wegen Unterschlagung seines Amtes entlassen werden. Der nationalsozialistische Bezirksleiter, Kaufmann Gillgash in Insterburg, ist wegen Leistungswuchers von dem Schöffengericht in Insterburg mit einer recht erheblichen Gefängnisstrafe belegt worden, die er auch verbüßt hat. Trotzdem kämpft er jetzt gegen die „Zinsnechtheit und den jüdischen Wuchergeist“.

Im Herbst 1929 ist der Führer der Ortsgruppe Bremen der NSDAP., Gerhart Stechert, unter Mitnahme aller ihm erreichbaren Parteigelder durchgegangen. Das einzige, was er zurückließ, waren Schulden bei einer Reihe von Parteigenossen und mehreren Hauswirten.

Der nationalsozialistische Rechtsanwalt Zipperlin in Koburg ließ sich von einem Dienstmädchen, für dessen uneheliches Kind er in wenig einwandfreier Weise eine Abfindung von 5000 M. herausgeholt hatte, ein Honorar von 1750 M. zahlen und wurde wegen Gebührenüberhebung zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Nationalsozialist Eugen Kerner in Augsburg, Leiter der Blindenabteilung bei der dortigen Kreishauptfürsorge, unterschlug 18 000 M., die für Kriegsblinde bestimmt waren und flüchtete.

Der nationalsozialistische Brigadeführer Langendorf in Köln hat von einer nationalsozialistischen Abteilung in Frankfurt Musikinstrumente für etwa 100 M. gekauft und sie mit 100 Prozent Reinverdienst an eine andere nationalsozialistische Abteilung weiterverkauft.

Der Nationalsozialist Schaller in Köln hat Spenden in Höhe von mehreren hundert Mark vereinnahmt und sich geweigert, darüber Rechenschaft abzulegen.

Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Arthur Dinter, der ja die Verhältnisse kennen muß, schrieb in Heft 16 seiner Zeitschrift „Das Geistchristentum“ im Jahre 1929:

„Die Schuldenwirtschaft, von der Parteileitung angefangen bis zu den letzten Ortsgruppen hinunter, die damit zwangsläufig verbundenen Unlauterkeiten, Unterschlagungen und Betrügereien haben, wie aus den an mich gelangenden Berichten hervorgeht, einen Höhepunkt erreicht, der längst zu einer Katastrophe hätte führen müssen, wenn die Partei nicht über ergiebige außerparteiliche Geldquellen verfügte.“

Der nationalsozialistische Führer in Flensburg, Spediteur Broders, flüchtete unter Hinterlassung ungeheurer Schulden. Er hat drei ihm nicht gehörige Lastautos der Favag für 28 000 M. verpfändet. Sein Vater hat sich aus Gram über den mißratenen Sohn erhängt.

Der nationalsozialistische Stadtverordnete Stegeman in Straßund mißbrauchte das ihm von der Stadt übertragene Amt im Vorstand der städtischen Sparkasse für private Mäler- und Provisionsgeschäfte. Er mußte vom Amt suspendiert werden. („Mecklenburgische Volkszeitung“ vom 24. April 1930.)

Im Hafenkreuzparadies Koburg ist es in letzter Zeit unter der nationalsozialistischen Stadtratsmehrheit wiederholt zu merkwürdigen Vorgängen gekommen. Dort haben sich die nationalsozialistischen Stadträte Schwede, Faber, Bernhardt und Streng persönliche Vorteile verschafft. Schwede hat sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen, Faber hat von der Stadt die Führung eines Prozesses angenommen, Bernhardt hat in einer vertraulichen Stadtratsitzung von der Absicht der Stadtverwaltung, ein Grundstück zu erwerben, Kenntnis erhalten und bei der Beschlußfassung mitgewirkt. Diese Kenntnis benutzt er hinterher, um das Grundstück zu einem Vorzugspreis für sich zu erwerben, Streng hat sich von der Stadtverwaltung einen Lieferungsantrag geben lassen. All diese Vorkwürfe sind gerichtlich erwiesen. Der Stadtrat Linke in Koburg forderte durch seinen Fraktionsgenossen Schmidt die Beschlagnahme einer Wohnung in einem Haus, das Linke gekauft hatte. Mit dieser Forderung, die er vor dem Verkauf erhob, wollte er das Haus entwerten, um so billiger kaufen zu können.

Gegen solche Erscheinungen wettern die NSDAP.-Versammlungsredner vor den Wahlen. Nach den Wahlen aber...

Der Gauführer Hinkler in Halle ließ sich von armen Arbeitern ein Hemd schenken und seine verpfändeten Möbel auslösen.

Gegen den nationalsozialistischen Bürgerchaftsverordneten Hüttmann in Hamburg schwebt zur Zeit ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung. Der Brigadeführer Bohagen der Sturmabteilung des Gaues Hessen-Rheinland-Süd in Frankfurt a. M. hat die nationalsozialistische Parteikasse um 3000 M. bestohlen und ist dann geflüchtet.

Kein Wunder, daß der frühere nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Dinter angesichts dieser Zustände in der Zeitschrift „Geistchristentum“ (Ausgabereihe „Hitler und Kom“) erklärt:

„Korruption und Mißwirtschaft jeglicher Art, sittliche Verlotterung der Mitglieder, auch in den Führerstellen, sind die zwangsläufigen Folgen. Und für einen solchen „Sausfall“, wie der Bayer sagt, lassen sich die unzuverlässigen St.-Männer, die Elite der Bewegung, tagtäglich den Schädel einschlagen.“

Futtertruppenwirtschaft.

Das nationalsozialistische Programm fordert:

„Wir bekämpfen die forumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigeichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeit.“

In Sachsen erzwangen die Nationalsozialisten im Mai 1930 die Landtagsauflösung durch Sturz des Ministeriums Schied, das sie wenige Tage vorher selbst in den Sattel gesetzt hatten. Grund: Die anderen Parteien wollten nicht auf die nationalsozialistischen Futtertruppenwünsche eingehen und weigerten sich, den nationalsozialistischen Oberregierungsrat Hertsch, der im Laufe seines Lebens schon einer ganzen Reihe von Parteien angehört hat, zum Minister zu machen.

In Thüringen hat der nationalsozialistische Minister Dr. Frid, der noch 1927 als Reichstagsabgeordneter gegen den „Unfug der Ministerpensionen“ ins Feld zog, sich bald nach Uebernahme seines Amtes eine Pension gesichert.

Dr. Frid hat ferner den blutjungen Gerichtsaffessor Ortsepp zum Leiter der thüringischen Landesstrafkammer gemacht.

Er hat drei nationalsozialistische Führer ohne jede Beamtenvorbildung als Fachberater ins Volksbildungsministerium berufen, um die Berufsbeamten zu überwachen.

Zum Philosophieprofessor in Jena wollte er den nationalsozialistischen Agitator Dr. Arnold Ruge ernennen, dem früher die Fähigkeit zur Abhaltung von Universitätsvorlesungen abkannt wurde, und der wegen Mordanstellung mit einem Jahr Gefängnis vorbestraft ist. Gleichzeitig werden zahlreiche geschulte und bewährte Beamte aus „Sparsamkeitsgründen“ abgeholt. Für Nationalsozialisten aber wird gesorgt. Bei den anderen Parteien nennt die NSDAP. jedes Einsetzen für Parteifreunde „Futtertruppenwirtschaft“ im „forumpierten“ parlamentarischen System.

Als Anfang Mai 1930 die bürgerlichen Parteien Thüringens diese nationalsozialistische Parteipolitik nicht länger mitmachen wollten, „streikten“ die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten: das heißt, sie nahmen an den Beratungen und Abstimmungen nicht mehr teil und weigerten sich, ihren Berichterstatterpflichten zu genügen. Aber sie erschienen jeden Tag im Landtag, zeichneten sich in die Anwesenheitsliste ein, um ihrer Diäten nicht verlustig zu gehen. Sie mußten sich von dem Landtagspräsidenten von Thümmel sagen lassen:

„daß die Abgeordneten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hätten. Wenn sich die Abgeordneten als anwesend in die Liste einschreiben, damit sie ihre Diäten retten, dann hätten sie auch die Verpflichtung, an den Landtagsitzungen teilzunehmen.“

In Bayern erklärten die Nationalsozialisten nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes das Weiterbestehen des Landtags für ungesetzlich, und weigerten sich, an den Abstimmungen teilzunehmen. Auch hier mußten sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie ihre Diäten und Freifahrtkarten bisher noch nicht als ungesetzlich empfunden hätten. Und diese Partei wagt es, von „forumpierender Parlamentswirtschaft“ zu sprechen.

Gebrochene Wahlversprechungen.

Die Nationalsozialisten sind groß in Versprechungen vor der Wahl, aber wie steht es mit dem Halten der Versprechungen?

In Thüringen.

Nazi-Worte:	Nazi-Taten:
Keine Steuern werden bewilligt:	Steuern wurden bewilligt:
„Jeder Pfennig Mehrbewilligung ist ein Verbrechen an Volk und am Wirtschaftskörper, besonders aber an der Arbeiterschaft, am Mittelstand und am Bauerntum.“	6,4 Mill. M. Aufwertungssteuer (das ist 6 Prozent Mietpreiserhöhung) für Arbeiterschaft, Mittelstand und Bauern.

(Gauleiter Sautel im „Nationalsozialist“ vom 20. Juli 1929).

„Es ist das Verdienst unseres Abg. Marschler im Thür. Landtag, die unerhörten neuen Steuerzuschläge und die Kopfsteuer, die sogenannte Negerssteuer... zum Scheitern gebracht zu haben.“

(Gauleiter Sautel im „Nationalsozialist“ vom 20. Juli 1929).

„Ich verspreche lediglich, daß meine Stimme für Besteuerung deutscher christlicher Bevölkerungskreise nicht zu haben ist.“ (Nationalsozial. Abg. Marschler im „Nationalsozialist“ vom November 1929).

„Wir Nationalsozialisten werden nie unsere Hand dazu hegen, die Steuern zu erhöhen.“ (Gauleiter und Landtagsabg. Sautel in einer Versammlungsrede in Meiningen vom 14. Februar 1930).

In Koburg, wo die Nationalsozialisten seit einem Jahre die absolute Mehrheit im Stadtrat haben, versprachen sie im Juni 1929 in einem Flugblatt zur Stadtratswahl:

„Wir haben im alten Stadtrat die Privatinteressenpolitik gebrandmarkt und ihre Beseitigung gefordert.“

Wir werden auch im neuen Stadtrat diese Forderung mit noch viel größerer Schärfe erheben. Unsere Kandidaten für den neuen Stadtrat sind persönlich und ehrenwörtlich auf die Innehaltung dieser Forderung verpflichtet.“

Nach der Wahl schrieb die deutschnationale Wochenchrift „Kompas“:

„Wie menschlich es aber auch bei ihnen selbst zugeht, haben sie ja schon in den ersten Tagen und Wochen nach der Wahl bewiesen. Obwohl sich der nationalsozialistische Stadtrat feierlich verpflichtet, keine wirtschaftlichen Vorteile seitens der Stadt anzunehmen, hat Stadtrat Schwede sich in das Beamtenverhältnis überführen lassen.“

hat Stadtrat Faber die Führung eines Prozesses für die Stadt nach der Wahl angenommen.

hat Stadtrat Bernhard trotz vertraulicher Kenntnis der Absicht der Stadt, ein Grundstück zu erwerben — er war an der Beschlußfassung selbst beteiligt — dieses Grundstück, nachdem der Verkaufer den Preis der Stadt gegenüber herabgesetzt hatte, für sich selbst gekauft.

hat Stadtrat Streng einen Lieferungsantrag von der Stadt angenommen.

Man mag über diese Vorkommnisse im einzelnen verschieden urteilen. Zum Teil sind sie jedenfalls sehr bedenklich. Berücksichtigt man aber die Versprechungen dieser Parteivertreter, dann scheinen sie in einem sehr faulen Licht.

Die genannten nationalsozialistischen Stadträte verklagten daraufhin den Redakteur des „Kompas“ wegen übler Nachrede. Dieser wurde aber vom Koburger Gericht in zwei Verhandlungen, am 17. April und am 17. Juli 1930 freigesprochen, weil ihm der Wahrheitsbeweis in allen Fällen gelungen ist.

Was die nationalsozialistischen Führer übrigens selbst von ihren Wahlversprechungen halten, geht aus einer Äußerung hervor, die der nationalsozialistische Stadtrat und Rechtsanwalt Faber nach Mitteilung des „Koburger Volksblattes“ vom 11. Juli 1930 anlässlich dieses Prozesses getan hat. Er erklärte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die oben wiedergegebene Stelle des Flugblattes:

„J! alles Unsinn, kein vernünftiger Mensch wird doch wohl geglaubt haben, daß das für die nationalsozialistischen Stadträte Gültigkeit haben soll.“

Auch die in den letzten Wochen aus der NSDAP. Ausgetretenen machen der Hitlerpresse zum Vorwurf, daß sie ihre Versprechungen nicht einhalte und ihre Grundsätze verrate. So erklären Otto Straßer, Major Buchrucker usw. in dem Manifest: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP.“ im „Nationalen Sozialist“ vom 4. Juli 1930 unter anderem:

„Wir empfinden daher die im Gegensatz zu den 25 Punkten (des nationalsozialistischen Programms) immer verwässelter werdenden Ab schwächungen unser sozialistischer Willens, die mehrfachen Formulierungen, die man an den sozialistischen Forderungen des Programms (zum Beispiel an Punkt 17) vornahm, als ein Vergehen gegen Geist und Programm des Nationalsozialismus...“

Mit unerbittlicher Konsequenz vollzieht sich bei der NSDAP. die gleiche Linie des Verrats ihrer Grundsätze, wie er sich in der Bewilligung der Kopfsteuer, der Erhöhung der Mieten usw. in Thüringen darstellt.

Die ganze Unaufrichtigkeit der nationalsozialistischen Propaganda, der Skrupellosigkeit eines Dummenfanges, könnte nicht besser gekennzeichnet werden, als durch die oben wiedergegebenen nationalsozialistischen Selbstzeugnisse.

Nationalsozialisten gegen Bergarbeiter.

In der letzten Sonntagsausgabe der nationalsozialistischen Zeitung „Völkischer Beobachter“, herausgegeben von Adolf Hitler, lesen wir:

„Ein ähnlicher Fall (gemeint ist der Tarifkonflikt in der Berliner Metallindustrie — D. Red.) spielte sich vor kurzem bei der Mansfeld AG. ab. Auch hier hatten die Industriellen erklärt, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage sei ein Lohnabbau von 15 Prozent unumgänglich. Die Gewerkschaften haben abgelehnt und die Arbeiterschaft in einen achtwöchigen Arbeitskampf hineingeführt, der schließlich zur völligen Niedertage der Gewerkschaften führte.“

Massenlos.

„Na, siehst man dich auch mal wieder?“, ruft schon von weitem Supp dem Williem entgegen. Es ist am Zechentor, während des Schichtwechsels.

„Jo, sicher“, sagt Willem darauf, ganz kurz. Man sieht seinem Gesicht an, daß er nicht gerade heiter gestimmt ist.

Das Gesicht bemerkend, meint Supp: „Kerl, wat machst du eigentlich für'n Gesicht? Wie drei Tage Regenwetter. Wat machst du überhaupt hier?“

„Um Arbeit fragen, wat denn anders?“

„Bist du denn schon wieder ohne Maloch?“

„Nar, schon wieder 'n halbes Jahr. War einer der ersten mit, die aus unserm Betrieb „herausrationalisiert“ wurden.“

„Gottverdammte, wo dat noch hin soll!“ — macht sich Supp „Luft“. — „Der Deibel soll die Geschichte schon machen. Du bist doch noch gar nicht so alt. Ich tät mich nich wundern, wenn de 'n oller Bock wärest.“

„Ach, Bock hin, Bock her“, wirft Willem resigniert dazwischen.

„Was den Zechenherren nicht paßt, wird eben rausgeschmissen.“

„Wat meinst du?“ — Supp schaut nach der Zechenuhr hin — „ach, 's ist erst zwanzig nach eins — wat meinst du, wie lange dat noch dauert mit der Erwerbslosigkeit? Oder ob dat überhaupt nich aufhört?“

„Ja, scheinbar wirds noch 'n Endchen dauern. Aber es könnte schnell beseitigt werden, dieses Erwerbsloseneleid. Wenn nur die Arbeiter mal ernstlich über ihr Dasein und Schicksal nachdenken würden.“

„Du, da bin aber gespannt, wie du dir das vorstellst. Erzähl mal, wir ha'm ja noch 'n bisten Zeit“, erwidert darauf der schon immer neugierige Supp.

„Ganz einfach“, sagt Willem. „Es müßten eben neue Gesetze geschaffen werden, die den Gang der Wirtschaft zum Wohle aller Menschen — ganz gleich, ob mit Hand oder Kopf — regeln. Wie z. B. das Erwerbsloseneleid ganz leicht beseitigt werden könnte durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch zehnjährige Pensionierung der Arbeiter vom 45. Lebensjahre ab. Oder meinst du, es wäre nicht genug, wenn ein Arbeiter von seinem 14. bis 45. Lebensjahre — also 31 Jahre — schwer geschuftet hat, wie wir Kumpels?“

„Sou, Sou! Kerl, du hast recht“, pflichtete Supp dem Williem bei, „aber, wie wollest du dat machen?“

„Und dann“, fährt Willem fort, ohne auf Supps Zwischenruf einzugehen, „stell dir mal vor: Wenn obendrein unsere Kinder bis zum 16. oder gar bis zum 18. Lebensjahre zur Schule gingen. Verkürzte Arbeitszeit, frühere Pensionierung und Schulzwang bis zum 14. Lebensjahre. Glaubst du, daß wir dann noch Erwerbsloseneleid hätten?“

„Nee, dat glaub ich nich“, schüttelt Supp „komisch“ lächelnd den Kopf. „Aber, Menschenkind, wie wüßtest denn so wat durchzuführen?“

Zu diesen Auslassungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bleibt folgendes zu bemerken:

Im März dieses Jahres stand der Kupferpreis je Tonne auf 170 M., um im April auf 154 M. zurückzugehen. Diesen Preisrückgang benutzten die Mansfelder Bergherren, um einen fünfzehnprozentigen Lohnabbau für zu fordern. Die Gewerkschaften lehnten diese Lohnverrückungen ab. In den folgenden Schlichtungsverhandlungen machte der Schlichter den Vorschlag, die Löhne um 8 bis 10 Prozent abzubauen. Dieser Vorschlag wurde nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Unternehmern abgelehnt. Nachdem auf diese Weise die Schlichtungsverhandlungen ergebnislos beendet wurden, ging die Werksleitung dazu über, durch Ausbau von neuen Lohnstufen einen fünfzehnprozentigen Lohnabbau anzukündigen. Gleichzeitig wurde allen Arbeitern das Arbeitsverhältnis zum 30. Mai gekündigt. Gegen dieses Lohnkündigt wandten sich die Arbeiter mit aller Entschiedenheit. Sie forderten daher die Belegschaft auf — falls bis dahin die Direktion kein Entgegenkommen zeige —, am 2. Juni in den Ausstand zu treten. Diesem Rufe folgte die Belegschaft einmütig, um dann nahezu acht Wochen im Streike zu verharren.

Dieser heroische Kampf der Bergarbeiter im Mansfeld wurde nun sehr ungünstig beeinflusst durch das weitere Sinken des Kupferpreises auf 110 M. im Juli. Durch diesen rapiden Preisrückgang wurde die ursprüngliche Plattform des Kampfes völlig verschoben. Die Unternehmer erklärten nunmehr, daß selbst ein fünfzehnprozentiger Lohnabbau nicht mehr genüge, um die völlige Stilllegung der Betriebe zu vermeiden. Unter dem Druck dieser völlig veränderten Sachlage mußten die Gewerkschaften schließlich den

Streik beenden und einen tariflichen Lohnabbau von 9,5 Prozent in Kauf nehmen.

Diese zwangsläufigen und im voraus nicht zu übersehenden Geschehnisse benutzt nun das offiziöse Hitlerorgan, um von einem „Gewerkschaftsbetrug“ und einer „Miederlage“ zu reden. Man sagt nichts davon, daß auch die „Arbeiterherren“ den Schiedsspruch ablehnten und damit hundertprozentig mitverantwortlich an dem Kampfe sind. Man berichtet auch nichts von dem veränderten Kupferpreis und den neuen wirtschaftlichen Tatsachen. Man stellt nur in völlig einseitiger und oberflächlicher Weise die Lohnfrage heraus, um nach demagogischer und echt kommunistischer Art die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit zu verleumdern.

Dieses Verhalten kennzeichnet so recht den Geist der nationalsozialistischen Bewegung. Gegen die Industriellen jagt man kein Wort! Das sind alle Liebe und treue Deutsche. Nur gegen die gedrückten, um Recht kämpfenden Bergarbeiter und ihre Funktionäre findet man Schmähungen gräßlicher Art.

Un sich möchte man dem völkischen Hitler und seiner Gesellschaft diese Schadenfreude gerne gönnen. Auf ein paar marktschreierische und gewerkschaftsgegnerrische Querulanten kommt es in Deutschland wirklich nicht an. Daß aber die Nationalsozialistische Partei trotz ihrer offensichtlich unternehmerfreundlichen Haltung immer noch den Mut findet, sich eine „Arbeiterpartei“ zu nennen, ist wirklich ein starkes Stück! Wie so mancher politische Drahtzieher in Deutschland, so spekulieren auch die Nazis auf die Dummheit der Massen. Hoffentlich ist sich die deutsche Arbeiterschaft am 14. September dieser Situation voll bewußt und gibt der Satenkreuzgesellschaft die richtige Antwort.

Zur Religionshebe im Wahlkampf.

In seiner Nummer 35 vom 30. August 1930 bringt der „Bergknappe“ einen Artikel: „Die freien Gewerkschaften als Schrittmacher für die Sozialdemokratie“, der in dem Geiste idiotisch-primitiver Religionshebe von anno dunnemals gegen die freien Gewerkschaften geschrieben ist. Wir respektieren die heikle Situation, in der sich die Leute um den „Bergknappen“ mit ihrer parteipolitischen Stellung in diesem Wahlkampf befinden und wollen vorerst nicht in gleicher Weise dienen und antworten. Ob wir überhaupt antworten, wird sich von dem weiteren Verhalten des „Bergknappen“ ab. Wir sind in der Lage, in reichlich ausgiebigem Maße Auslassungen, Auslassungen, Ausprüche und ganz besonders reichhaltige Listen einer ganzen Reihe von offiziellen Vertretern des Konfessionen Christentums aufzuführen, gegen die die „Sünden“ von sozialistischen und freigewerkschaftlichen Stellen und Personen in dem Sinne, wie sie der „Bergknappe“ aufzuführen beliebt, noch wahrer Büßerdienst darstellt. Für heute geben wir einem Mitarbeiter zu der Frage: „Religion und Gewerkschaften“ Raum.

gegen Arbeiterschaft und Angestellten! Die Unternehmer aller weltanschaulichen und parteipolitischen Bekenntnisse sind eine geschlossene Antichristliche Gruppe, die ohne Sentimentalität, ohne Rücksicht auf christliche Grundsätze höchstens für christliche und nichtchristliche, für organisierte und nichtorganisierte, für nationalsozialistische und pazifistische Arbeiter die Löhne kürzen, die Arbeiterschaft verlängern, allen ohne Ausnahme die Sozialgesetze verschlechtern. Bei den Massenschönen werden christliche Unternehmer auch nationale Wertvereiner, Juden auch israelitische Angestellte ganz selbstverständlich auf die Straße. Keine andere Erwägung gilt für die Kapitalisten als die des nackten Profitinteresses.

Ebenso selbstverständlich gilt für alle Unternehmer der Grundsatz, daß sie in den eigenen Reihen keine Zersplitterung dulden. Darin ist sich der wütendste Freigeist mit dem unbedingtestrenggläubigen Katholiken, der lauteste Antisemit mit jüdischen Kapitalisten einig: als Unternehmer trennt uns nichts, unser Klasseninteresse geht voran, es stellt uns in Einheitsfront gegen alle Andersgläubige, gegen Nationalisten und Internationalisten! Aber dieselben Leute, die für ihre Profitinteressen nach solchem Grundsatz konsequent handeln, fordern von den Arbeitern, daß sie auf eine Abwehreinheitsfront verzichten, daß sie sich zersplittern lassen. Sie rufen nationale Verbände und Werksorganisationen ins Leben, finanzieren sie und geben ihnen Marschrouten. Daß alle die von den Unternehmern begünstigten Organisationen als Kampfbündnisse gegen die freien Gewerkschaften gedacht sind, weiß jeder Arbeiter aus der Praxis; sie sollen deren Kampf gegen

Wenn die Herren vom Bergbaulichen Verein zusammenkommen, dann hat man eine sehr gemischte Gesellschaft: Zentrumangehörige, Volksparteiler, Deutschnationale, Demokraten, Parteiloze, Christen, Juden, Atheisten, In- und Ausländer, eine bunte Reihe von parteipolitischen und religiösen Bekenntnissen gibt sich dann ein Rendezvous. Nicht um sich über Partei- oder Fragen der Weltanschauung auseinanderzusetzen. Als Unternehmer kennen sie keine Gegensätze. Das gilt natürlich für Unternehmer aller Gewerbe und Industrien. Wenn es sich um Arbeiterangelegenheiten handelt, um Lohnfragen, um die Frage der Arbeitszeit, um sozialpolitische Fragen, dann sind sie immer einig

„Ich hab' dir doch schon gesagt: einfach Gesetze machen, die das regeln. Sieh mal, unser ganzes Leben mit allem Drum und Dran wird geregelt durch Gesetze. Wir haben in Deutschland etwa 30 000 Gesetze und für uns geltende Verordnungen — oder vielleicht noch mehr. Diese Gesetze werden im Parlament gemacht. Und wer im Parlament die Mehrheit hat, der ist ausschlaggebend dafür, ob ein eingebrachtes Gesetz angenommen oder abgelehnt wird.“

„Ja, aber da braucht man doch einfach mal solche Gesetze vorbringen“, wirft Supp ganz Feuer und Flamme, dazwischen.

„Eben das ist nicht so einfach“, sagt Willem darauf. „Wir, das heißt diejenigen Staatsbürger, die an derartigen Gesetzen Interesse hätten, haben eben bis jetzt noch nie die Mehrheit im Parlament. Und eben deswegen konnten wir bzw. unsere Abgeordneten noch so schöne Gesetze einbringen, sie wurden eben nie angenommen, weil wir bei der Abstimmung nie die Mehrheit hatten. Leuchtet dir das ein?“

„hm, ja, das ist eigentlich wahr, wat du da sagst — hm“ — schmunzelt Supp verständnisvoll, aber noch nicht überzeugt, vor sich hin.

„Ja, ich weiß schon, was dir noch im Kopf herumgeht“, fährt Willem fort, „du bist schon solange organisiert und glaubst doch noch so manches von dem, was dir die scheinbar „radikalen“ und in Wirklichkeit dummen Kumpels über unsere sogenannten Bonzen erzählen. Du kennst doch die Arbeitermarxillaise — nicht? Na, da heißt es doch in der zweiten Strophe:

Der Feind, den wir am meisten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unversittand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.

Siehst du, das ist das Hindernis, das uns nicht vorwärtskommen läßt. Wenigstens nicht so schnell, wie wir es brauchen und möchten. Und dann, diese Radikalinstis, die so albern dahinschwärzen, was lesen denn diese Leute? Alles andere, nur nicht die Arbeiterpresse! Die meisten von diesen durchnieren die sogenannte neutrale, parteiloze, in Wirklichkeit aber und durch spießbürgerliche Presse, die ihnen das Gehirn verkleistert.“

„Sieh mal, hier ein Beispiel“ — Willem zieht so ein „neutrales“ Blättchen aus der Tasche — „hier steht auf der ersten Seite, daß der Arbeiter unbdingt 10 Prozent billiger arbeiten muß, weil die Wirtschaft „Not leidet“, hier weiter schimpfen sie wie die Hochspäken auf die SPD. und die freien Gewerkschaften. Aber das braucht uns ja nicht zu wundern — sie haben ja schließlich Grund, über uns herzugreifen. Aber hier“ — Willem zeigt auf die Handelsberichte auf der letzten Seite — „da kannst du die gehirnverkleisterte „Politik“ sehen, die diese „neutralen“ Blättchen betreiben. Hier kannst du lesen, daß der Konzern, zu dem auch euer Pütt gehört, diesmal 10 Prozent Dividende verleiht, d. h., daß die Wirtschaft, die angeblich Not leidet, Riesengewinne einheimst. Davon, daß z. B. der IG. Farbenkonzern seinem Generaldirektor 500 000 M. Gehalt zahlt — außer seinen sonstigen Einkünften — schreibt diese „neutrale“ Wirtschaftsblätter nichts. Siehst du, so verhält sich der ganze Kram. Wenn der

Kumpel tagtäglich die oben geschilderten Lügen liest und von anderen erzählen hört, dann glaubt er schließlich daran, und wenn es noch so haarsträubende Lügen sind über die „notleidende Wirtschaft“. Und die Frauen dieser Arbeiter? Mit welcher Hier verdingen sie die fitzigen Romane in den bürgerlichen Zeitungen! Wenn sie überhaupt lesen, weil sie von ihren „Männern“ nicht dazu angehalten oder gar direkt abgehalten werden.“

„Ach, Gott, die Weiber! Wat können die auch schon an der Soche ändern?“, meint Supp, sichtlich verärgert.

„Oh, da bist du aber auf dem Holzweg“, ereiferte sich Willem schnell. „gerade an den Frauen, an den Arbeiterfrauen liegt viel. Was meinst du, wie uns das schade, daß die Arbeiterfrauen vielfach bei den Wahlen gerade unseren Gegnern die Stimme geben. Weißt tu sie das ganz unbewußt, weil sie eben nicht wissen, um was es eigentlich geht. Meistens sind sie auch noch verheiratet, um den Geistlichen aller Schattierungen.“

Um auf die Presse zurückzukommen: Sieh mal, da liest die Frau des Arbeiters so gerne die Courts-Wähler-Geschichten, dieses „rührselige“ Zeug. Sie liest mit Begierde in diesen Romanen, wie z. B. die Frau des Generaldirektors in einem schönen resedafarbenem Kleid, eine rote Rose im Haar (mitten im Winter!) in einem prächtigen Pelzmantel — nein, Pelzgar nitur, in einem noch prächtigeren Luxusauto zum Jour oder Fünf-Uhr-See fährt, um sich mit ihrem Galan zu treffen. Und noch so allerhand albernes Zeug. Darüber denkt die fitzigen Romane lesende Frau natürlich nicht nach, daß ihr Mann in der Grube, in dieser elenden, stickigen Luft schuften muß zum Verrecken, damit sich eben diese Frau Generaldirektor prächtige Kleider, Pelzgar nituren, Luxusauto und eine männliche Hure leisten kann. Wieviel Schweißtropfen und Flüche hängen an all diesen Sachen, die so eine 500 000 - M. - Generaldirektorsgattin sinnlos verschwendet! Ueber dieses und anderes müßten die Arbeiterfrauen einmal nachdenken, dann werden sie bestimmt anders wählen. Anders denken werden sie natürlich erst dann, wenn sie von ihren Männern dementsprechend aufgeklärt werden und wenn sie vor allen Dingen die Arbeiterpresse abonnieren und lesen. Stell dir mal vor: von den etwa 6000 Tageszeitungen, die wir in Deutschland haben, hat die Arbeiterschaft nur etwa 240 bis 250 sozialdemokratische, der soz. kommunistische etwa 240 bis 360 sind sogenannte parteiloze, neutrale, in Wirklichkeit verdeckt oder offen reaktionäre Blätter, wie dieses hier, was ich dir gezeigt habe. Siehst du, hier ist das hauptsächlichste Hindernis, welches uns nicht vorwärtskommen läßt. Nebenbei spielen dann noch andere Umstände eine große Rolle, die den Arbeitern bei Erkämpfung ihrer Rechte hindernd im Wege stehen, wie z. B., lauf, Menschenkind, lauf, sonst kriegt du keine Markennummer mehr — der Markentkontrolleur macht schon de Klappe zu.“

„Donnerheil!“ rief Supp überrascht und hastete durchs Zechentor zur Markentkontrolle, noch eben seine Markennummer in Empfang nehmend vom medernden Markentkontrolleur.

Am 14. September wird Liste 1 SPD gewählt! rief Willem dem Supp nach. W. Machasek.

das einheitliche Unternehmertum schwächen. Warum? Die herausgestellten unbestreitbaren Tatsachen geben für jeden denkenden Arbeiter Antwort auf solche Frage. Ohne die Zerspaltung der Arbeiterbewegung hätten die Unternehmer ihre arbeiterfeindlichen Pläne nicht durchsetzen können. Ihre einheitliche Organisation und die Zerspaltung der Arbeiter und Angestellten bilden eine Hauptmacht der Kapitalisten im Kampf gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Allerdings, man gibt für die Zerlegung der Arbeiterbewegung andere als die wahren Gründe an, Truggründe, falsche Behauptungen. Man sagt z. B., die freien Gewerkschaften seien international, daher vaterlandsfeindlich. Tatsächlich huldigen und fördern die freien Gewerkschaften die heimatische Kultur einem ethischen Nationalgedanken; den rohen, kulturwidrigen, überhebenden Chauvinismus mit Fahmotiven gegen andere Völker lehnen sie ab. Sie pflegen internationale Beziehungen, um die gewerkschaftliche Bewegung in wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern zu fördern, um so die Schmutzkonkurrenz des internationalen Kapitals mit Rußländern gegen die eigenen Volksgenossen zu bekämpfen. International, im Sinne antinationaler Natur, sind jedoch die Kapitalisten. Sie verbünden sich international, um den Arbeitern aller Länder möglichst ungünstige Arbeitsbedingungen aufzuzwingen und die Konsumenten in allen Ländern möglichst scharf ausbeuten zu können. „Nationales“ Kapital geht sogar ins Ausland, produziert dort mit niedrigeren Löhnen, erschwert die Ausfuhr von in Deutschland hergestellten Waren, vergrößert hier die Arbeitslosigkeit. Und ausländisches Kapital in Deutschland begeistert sich für nationale Zerspaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Warum? Weil das ihrem Profitinteresse dient!

Damit kommen wir zu dem anderen Einwand gegen die freien Gewerkschaften. Sie bekämpfen die Religion, behauptet man. In Wirklichkeit wehren sich die Gewerkschaften nur gegen den Mißbrauch der Religion zu antigewerkschaftlichen Zwecken. Sie sind religiös neutral, fordern von keinem Mitgliede ein parteipolitischs Bekenntnis. Ihre Tätigkeit richtet sich lediglich auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Kein noch so strenger Kirchengläubiger kann behaupten, daß die heutigen Zustände mit christlichen Grundfögen irgendetwas zu tun hätten. Es ist noch nicht zu lange her, um aus dem Gedächtnis geschwunden zu sein, daß speziell die Zentrumspresse in Rheinland-Westfalen die Wahlkämpfe ausfocht unter der Parole: Gegen das „gottlose Kapital!“ Ist vielleicht mittlerweile das Kapital göttlich, christlich geworden? Eher noch das Gegenteil! Geändert hat sich nur folgendes: Damals hatte die katholische Bourgeoisie in den großkapitalistischen Unternehmen erst wenig Fuß gefaßt, jetzt jedoch ist es darin maßgebend vertreten.

Die Profitinteressen der Großindustrie sind nun Hausinteressen der katholischen Bourgeoisie. Und da sie gleichzeitig entscheidenden Einfluß auf die Zentrumsparlei genommen hat, darum darf die Zentrumspresse nicht mehr vom „gottlosen Kapital“ schreiben, darum hat man unter Mißbrauch der Religion christliche Gewerkschaften gegründet, darum unterstellt man den freien Gewerkschaften „Kampf gegen die Religion“, und darum ist das Zentrum jetzt an die Spitze aller kapitalistischen Gruppen im Kampf gegen die Arbeiter gestellt worden. Durch groben Mißbrauch der Religion und durch frivole nationalistische Verheißung, unterstützt durch Nazi-Demagogie und RPD-Zerspaltungsmethoden will man das arbeiterfeindliche Programm der jetzigen Regierungskoalition durchführen. Dieses Programm hat ausgesprochen antigewerkschaftliche Tendenz. Es richtet sich gegen alle Positionen der Arbeiter und Angestellten. Das Lohn- und Gehaltsniveau soll tief hinabgedrückt, die Arbeitszeit verschlechtert, die Sozialpolitik auf der ganzen Linie abgebaut werden.

Soweit es sich um die Arbeiterfragen handelt, steht das Unternehmertum geschlossen hinter diesem Programm. Das Kapital hat die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu einer politischen Kraftprobe gemacht. Es stützt sich dabei in seinen Hoffnungen auf die bisherigen Erfolge in der Zerspaltung der Arbeiterbewegung und der Indifferenz der Unorganisierten, ihrer bisherigen Willäuferschaft aus proletarischen Kreisen, die sich durch Mißbrauch der Religion und nationalistische Hege verwirren ließen.

Bei der bevorstehenden Wahl handelt es sich nicht um weltanschauliche Fragen, es handelt sich lediglich darum: Soll eine Politik gemacht werden, die die Massenarbeitslosigkeit und den Lohndruck verschärft, die Lebenshaltung weiter verteuert, die sozialen Einrichtungen gewaltig verschlechtert, den Militärstand immer mehr anschwellen läßt, die starken Schultern schon und alle Lasten dem arbeitenden Volk aufbürdet, und die schließlich alle gewerkschaftliche Mitbestimmung bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ausschaltet? Oder soll eine Politik gemacht werden, die durch Gestaltung der Arbeitszeit im Verhältnis zu der ungeheuer gestiegenen Produktivität der Arbeit und durch großzügige Arbeitsbeschaffung das Heer der Arbeitslosen abbaut, die den Arbeitslosen und Sozialschwachen ein menschenwürdiges Dasein sichert, ausreichende Löhne garantiert, die öffentlichen Lasten auf die tragfähigen Schultern verteilt und die vor allem den gewerkschaftlichen Einfluß bei allen wirtschaftlichen und sozialen Arbeiterangelegenheiten stärkt und festigt?

So stehen heute die Fragen. Danach muß sich jeder Arbeiter und Angestellte entscheiden. Wer den Parteien der Kapitalisten Gruppen die Stimme gibt, stimmt für Verklönerung der Arbeiterschaft unter großkapitalistischer Diktatur! W. Düwell.

entscheidend für die geplante Neugestaltung des Lohns im Ruhrbergbau sein könne, müßten sie mindestens eine Lohnerhöhung von 50 Pf. je Mann und Schicht fordern. Daß die schon früher angekündigte Forderung auf Lohnerhöhung nicht als taktischer Schachzug gewertet werden dürfe — wie Stimmen aus Unternehmerkreisen behaupten —, sondern ein ernsthaftes und berechtigtes Verlangen darstellt, braucht nach dem Gefügten nicht mehr besonders betont zu werden.

In den Lohnverhandlungen am 25. August standen somit die Unternehmerforderungen dem Verlangen der Gewerkschaftsvertreter diametral gegenüber. Eine Annäherung der Parteien konnte im Verhandlungswege nicht erreicht werden, so daß nach kurzer Zeit die Parteienverhandlungen ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Kurze Zeit später wurden die Schlichtungsverhandlungen eröffnet, zu denen der Schlichter aus Westfalen, Prof. Dr. Brahn, schon früher eingeladen hatte. In diesen Verhandlungen blieben die Unternehmer bei ihren Forderungen, ohne stichhaltiges Material zur Begründung vorlegen zu können. Infolgedessen wurden schließlich die mehrstündigen Verhandlungen abgebrochen und auf den 4. September vertagt.

Ein Preisrätsel an der Ruhr.

„Meine Herren! Wir haben die Genugtuung annehmen zu können, daß wir heute nicht diese Rekordziffern von Feierschichten, vom Belegschaftsrückgang, von Kapital- und Zinsverlusten sowie Arbeitslosigkeit hätten, wenn man unseren Vorstellungen gefolgt wäre und uns ermöglicht hätte, zu den alten bewährten Methoden der Erhaltung der Arbeitsstätten für unsere Arbeiter durch Beweglichkeit der Löhne und Arbeitszeit zurückzukehren.“

Diesen etwas umständlichen, aber sehr beachtenswerten Satz prägte der Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins in Essen, Herr von und zu Löwenstein auf der diesjährigen Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins. Der Sinn dieser Ausführungen ist klar. Die gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik, die tariflich geregelten Arbeitsverhältnisse werden als eine entscheidende Ursache der gegenwärtigen Krisensituationen im Bergbau bezeichnet. Wenn man mehr „Beweglichkeit“ bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit gehabt hätte, dann stände der Ruhrbergbau nach den Ausführungen von Herrn Löwenstein besser da.

Hat Herr Löwenstein recht? Ist es wirklich wahr, daß die bestehenden Tarifverträge eine zu große Belastung der Werke bedeuten? Diese Frage ausführlich zu untersuchen, wäre sehr interessant. Herr v. Löwenstein würde dabei schlecht abscheiden. Denn infolge der verringerten Belegschaft und des gestiegenen Förderanteils ist im Ruhrbergbau der Lohnkostenanteil nicht gestiegen, sondern in einem ständigen Rückgange begriffen.

Aber wir wollen es uns heute versagen, auf diese wirtschaftliche Sachlage näher einzugehen. Wir wollen nur kurz einmal fragen: Sind die Ruhrbergbauunternehmer in der Lohn- und Arbeitszeitfrage wirklich so stark gebunden wie sie es hinstellen belieben? Richtig ist, daß die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter einen rechtlichen Anspruch auf die Erfüllung der tariflichen Abmachungen haben. Insofern sind die Unternehmer tatsächlich gebunden. Unorganisierte Arbeiter dagegen können jederzeit unabhängig von den tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Da die Zahl der unorganisierten Bergarbeiter im Ruhrbergbau sehr groß ist, würde es sich tatsächlich lohnen, für diese den Tarifvertrag nicht in Anwendung zu bringen. Wenn es den Unternehmern deshalb tatsächlich schlecht ginge und die Ursache zu diesem wirtschaftlichen Niedergange wirklich die Lohnhöhe und Arbeitszeitdauer wäre, dann hätten die Grubenverwaltungen jederzeit die Möglichkeit, die notwendigen Ersparnisse zu machen. Aber sie tun es nicht. Sie zahlen dem unorganisierten Bergmann freiwillig den tariflichen Schichtlohn. Sie beschäftigen die unorganisierten Bergarbeiter nicht länger als die organisierten. Und sie gewähren freiwillig dem unorganisierten Bergmann den tariflichen Erholungsurlaub, wie ihn nur der Gewerkschaftler rechtmäßig beanspruchen kann. Die Unternehmer haben also praktisch die Möglichkeit zu der „Beweglichkeit“, die Herr v. Löwenstein so sehr vermisst. Es ist deshalb wirklich nicht angebracht und unzutreffend, den starren Tariflöhnen eine Schuld an der Wirtschaftskrise beizumessen, solange die Unternehmer auf ihre Rechte freiwillig verzichten.

Es taucht also die Frage auf: Warum beschäftigen die Unternehmer die große Masse der unorganisierten Arbeiter freiwillig zu tariflichen Bedingungen, trotzdem die hohen Lohnkosten zum wirtschaftlichen Niedergang entscheidend beigetragen haben sollen? Warum? Sind sie etwa der Meinung, daß der heutige Tariflohn das Existenzminimum für die Bergarbeiter darstellt, d. h., daß alle soviel verdienen müssen, um arbeits- und leistungsfähig zu bleiben? Wenn diese Auffassung maßgebend wäre, dann ist die Kündigung des Lohns im Ruhrgebiet ein unverantwortliches Attentat auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter. Oder beruht die gleiche Entlohnung und Behandlung der Unorganisierten auf einem Gerechtigkeitsprinzip und besonderem sozialen Wohlwollen? Auch das ist kaum anzunehmen. Es bleibt nur eine Vermutung, die der Wahrheit am nächsten kommt, nämlich: Eine ungleiche nachteilige Behandlung der Unorganisierten würde in kurzer Zeit zu einer restlosen Organisation der Bergarbeitererschaft führen. Um die privatkapitalistische Machtherrschaft wäre es dann schlecht bestellt.

Sollen wir aus diesem Grunde einen Lohnabbau für Unorganisierte gutheißen? Die bisherigen Vermutungen könnten zu dieser Auffassung verleiten, doch davon kann keine Rede sein. Zu unserem Streben nach wirtschaftlicher Besserstellung wollen wir keine Lohnrücker und Schmutzkonkurrenten. Aber eine Lehre gibt es daraus herzuleiten: Nachdem die Unternehmerkreise ungewollt die große Bedeutung des gewerkschaftlichen Strebens hervorheben und ausdrücklich bestätigen, darf es keine Bergarbeiter mehr geben, die glauben, die Organisation habe nichts erreicht. Zumindest ist es sehr eigenartig, daß auf der einen Seite die Unternehmer behaupten, die gewerkschaftlichen Erfolge drückten sie zu Boden, während andererseits zu der gleichen Zeit es noch Arbeiter gibt, die glauben, jeden Erfolg ableugnen zu müssen. Das Ganze ist ein Preisrätsel. Seine Lösung heißt: Noch unsere Organisation! Hannes, Markscheider.

Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Zechenverband in Essen den Lohns für den Ruhrbergbau gekündigt. Eine bestimmte Forderung und Begründung war in dem Kündigungsschreiben nicht enthalten. Um so mehr durfte man auf die Argumente der Unternehmervertreter gespannt sein, mit denen sie in der gegenwärtigen Zeit die schwerwiegende Tarifkündigung mit dem offensichtlichsten Ziel einer tariflichen Lohnherabsetzung begründen wollen. Die beste Gelegenheit dazu boten ihnen die Lohnverhandlungen, die erstmalig am 25. August in Essen stattfanden. Als Vertreter unseres Verbandes nahmen die Kameraden August Schmidt, Benedikt Meier und Dr. Berger an den Verhandlungen teil.

Um es vorweg zu sagen: Die Haltung der Zechenvertreter bei diesen Verhandlungen enttäuschte sehr. Sie forderten einen zehnprozentigen Lohnabbau, mit Begründeten die ungeheuerliche Forderung aber ausschließlich durch Hinweis auf allgemeine Art. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sei ein allgemeiner Preisabbau erforderlich. Dieser könne aber nur ermöglicht werden, wenn zuvor die Produktionskosten gesenkt würden. Da die Lohnkosten einen wesentlichen Teil der Produktionskosten ausmachen, müsse auch ein Lohnabbau mit in Kauf genommen werden. Die gegenwärtige schlechte Absatzlage im Bergbau in Verbindung mit der Verschärfung des ausländischen Wettbewerbes mache den geforderten Lohnabbau im Bergbau notwendig, andernfalls sei eine Fortführung der Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbunden ein weiterer Belegschaftsabbau nicht zu umgehen.

Mit diesen allgemeinen und keineswegs konkreten und beweisträftigen Begründungen verjagten die Unternehmervertreter einen Lohnabbau für etwa 350 000 Bergarbeiter zu rechtfertigen! Auf den Hinweis der Gewerkschaftsvertreter, daß man mit dieser halblögen Beweisführung nichts anfangen könne, sondern eingehende und objektive Darlegung und Prüfung des wirtschaftlichen Tatbestandes verlangen müsse, konnten die Unternehmervertreter allgemeingültige Unterlagen als Beweise für die Berechtigung ihrer Forderungen nicht erbringen.

Die Stellung der Bergarbeiter zu der Tarifkündigung wurde sodann eingehend durch die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen dargelegt. Sie stellten fest, daß in den letzten Monaten die Förderung im Ruhrbergbau im Vergleich zum Vorjahre wohl zurückgegangen sei, daß aber auch gleichzeitig eine erhebliche Verminderung der Belegschaftszahl zu verzeichnen ist. Der Förderanteil sei trotz der Krisenzeit weiter gestiegen, was für sich bedeutend ist mit einem beachtlichen Sinken des Lohnanteils pro Mann und Tonne. Im Vergleich zu 1913 sei der Förderanteil und der Kohlenpreis im Ruhrgebiet sogar um je 41 Prozent gestiegen. Außerdem sei durch eine Senkung der Sozialbeiträge sowie durch Herabsetzung der Materialkosten in letzter Zeit keine Steigerung, sondern eine Senkung der Selbstkosten eingetreten. Infolge der Kohlenpreiserhöhung seit 1928 und der in letzter Zeit ziemlich durchgehaltenen Erlöse sei auch auf der Preisseite die Sachlage nicht so ungünstig, wie man sie darzustellen beliebt. Ein Vergleich der Kostenelemente (gestützt auf das Schmalenbach-Gutachten) und der Erlöseseite lasse vielmehr die Vermutung zu, daß die Zechen einen erheblichen Reingewinn aufzuweisen haben. Außerdem seien im Ruhrkohlenbergbau Handelderspannen von 50 bis 80 Prozent zu verzeichnen. Auf Grund dieser Sachlage dürfe im Ruhrbergbau sehr gut ein Preisabbau möglich sein, ohne diesen mit einer Lohnreduzierung zu verbinden.

Was die gegenwärtige Absatzlage angeht, so rechtfertige sie auch in keiner Weise einen Ruf nach Lohnabbau. Durch die

außergewöhnlich hohe Zahl an Feierschichten seien gewaltige Lohnverluste der Bergarbeiter zu verzeichnen, wodurch das Existenzminimum der Bergarbeiter einen derart niedrigen Stand erreicht habe, daß es nicht weiter herabgedrückt werden kann. Es sei daher höchst unverantwortlich, daß man versuchen wolle, die ungünstigen Auswirkungen einer gedrückten Konjunkturlage nur den Bergarbeitern aufzubürden. Dieses Bestreben sei auch sehr unsozial, zumal die Geschäftsberichte der meisten Gesellschaften im Ruhrbergbau in den letzten Jahren sehr günstige Abschlüsse aufwiesen. Die Bergarbeiter könnten und müßten deshalb mit aller Entschiedenheit den Gedanken an einen Lohnabbau zurückweisen. Da die gegenwärtige Konjunkturlage auch nicht

Gegen kapitalistische Diktatur.

Die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 12. Dezember 1929 wurde von einem Gewerkschaftsblatt wie folgt beurteilt:

„Es genügt die Tatsache, wenn wir feststellen, daß der Kernpunkt der Denkschrift sich darauf konzentriert: das gegenwärtige Steuer- in der Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik umzuliegen und einen neuen Kurs auf staats-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete herbeizuführen.“

1923 wollte man auch das Steuer umlegen und einen neuen Kurs einschlagen, d. h. es sollten alle sozialpolitischen, alle gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte mit einem Schlag beseitigt werden. Das Kapital sollte wieder zur Herrschaft kommen und diktieren wie in den schlimmsten Zeiten der Vorkriegszeit. Man sprach bereits von einer wirtschaftlichen und politischen Diktatur, die 1923 ernstlich von den Industrie- und Bankmagnaten erstrebt wurde...

So betrachten wir den gegenwärtigen Vorstoß der Unternehmer gegen den sozialen Volksstaat, die Sozialpolitik usw. als einen Kampf mit gleichen Zielen in neuer Auflage. Man will von jener Seite erreichen: Rückkehr zum alten Herrn-im-Hause- Standpunkt und Beseitigung des Einflusses des Arbeiterstandes in Staat und Wirtschaft sowie schärfste Abwehr jedes sozialpolitischen Fortschritts, der dem Kapital etwas kostet und den Einfluß des Arbeiterstandes verstärken könnte.

Unser Kampf gilt der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und Freiheit unseres Standes, dem Ausbau des sozialen Volksstaats, der Beseitigung der Notlage der Armen und Bedrückten, der wirtschaftlichen und geistigen Hebung unseres Bergarbeiterstandes, des Friedens und dem sozialen Fortschritt... Jahrelang hat sich die soziale Reaktion bemüht, ihre Ziele zu erreichen, den Klassenstaat aufzurichten, um diktieren und wieder allein herrschen zu können. Es ist ihr nicht gelungen. Es wird ihr auch jetzt nicht gelingen, wenn die deutsche Arbeiterschaft... auf dem Posten ist und die Zeichen der Zeit erkennen wird.“

Schrieb das etwa ein Blatt der freien Gewerkschaften oder eine sozialdemokratische Zeitung? Nein, es steht im christlichen „Bergknappen“ vom 21. Dezember 1929!

Heute können nur wir so schreiben! Christliche und Zentrum untertänigen die Unternehmer in ihrem Streben nach staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Diktatur! Macht es den Zentrumsarbeitern begreiflich, daß der Kampftrif lauten muß:

Seite 1, Sozialdemokraten!

HAUS UND LEBEN

Arbeitstag und Wochenende.

Das Arbeiterinnensekretariat im Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes, dessen Mitglieder zu 59 Prozent weiblich sind, hat auf Anregung einer Konferenz von Tuchindustriearbeiterinnen im Herbst 1928 eine Preisaufgabe gestellt: „Mein Arbeitstag — mein Wochenende.“

Die Weberinnen sollten binnen sechs Wochen anschaulich und wahrhaft den regelmäßigen Verlauf eines Arbeitstages und eines Wochenendes beschreiben. Von den 158 eingegangenen Niederschriften mußten nur sechs abgelehnt werden, zwei wurden im „Textil-Arbeiter“ gebracht. Die übrigen 150 Schilderungen hat der Verband gesammelt und sie jetzt in einer 232 Seiten umfassenden gut ausgestatteten Broschüre mit einigen Illustrationen und Schriftproben herausgebracht. Das Material wurde in vier Abschnitte gegliedert: „Die ledige Arbeiterin“, „Kinderlose Ehefrauen“, „Mütter“ und „Mitte vierzig und festsitzig“.

Für die Textilarbeiterinnen, die ja ihr Fabrikleben selber kennen, mag das Thema ihres Wochenendes interessanter sein, das auch keineswegs ohne öffentliches Interesse ist und insbesondere die Beziehungen der Arbeiterinnen zum Organisationsleben, zum Genossenschaftswesen erkennen läßt, wie auch ihre Wochenendleiden und -freuden. Doch hier sollen einige Angaben über die Arbeitstätigkeit der Textilarbeiterinnen und ihre Auffassungen darüber wiedergegeben werden. Die Fülle des Stoffes zwingt zu einer knappen Auswahl.

Die schlechte Luft.

„In warmer dumpfiger Luft“, schreibt die 23jährige M. N. W., „umgeben vom Getöse der Maschinen, steht jeder an seinem Platz. Von der Stirn rinnt der Schweiß; die müden Beine wollen fast den Körper nicht mehr tragen. Manch verstohlene Blicke huscht zur Uhr. Nur langsam rückt sie vorwärts. Endlich stehen die Maschinen still. Pause... Die Fabrikarbeit ist wohl leicht, aber die schlechte Luft macht einen kaputt.“

Zick-zack die Maschine.

„Wieder und alle Tage dieselbe Feier: die alten Spindeln, Garne, Ketten, Schützen, Schuh und — die maßgebenden Faktoren: Stuhlmeister und Warenbeschauer dazu. Vom Betriebsrot schweigt des Sängers Höflichkeit wie er selbst“, klagt die 26 Jahre alte E. D. W. in B. und fährt fort: „Ja, der Schuh! Recht viele Schüsse: Zick-zack, titatum, Mädels guck dich nicht um, zick-zack die Maschinen, Unternehmer will verdienen.“ Dieser Poesie folgt die Prosa: „Dufeltier, Brummochs“ und die vielen Kofenamen, das sind dann die altgewohnten, jedenfalls aus keiner Arbeiterzeitung gelehrten Komplimente, die man den Arbeiterinnen in der Fabrik macht.

Acht Stunden lang —

„Von morgens sieben bis abends halb fünf stehe ich immerzu fast auf demselben Fleck, vornübergebeugt den Oberkörper, beinahe reglos, nur die Hände machen wie mechanisch immer dieselben Bewegungen, drücken der Ware den Stempel auf und das Hirn zählt von eins bis zwölf, immer wieder, acht Stunden lang. Acht Stunden lang ausgehaltet eignes Denken und Fühlen, eignes Wünschen und Wollen...“ E. S., Ch., 25 Jahre.

H. J. B., 26 Jahre alt, steht acht, in Saisonzeiten neun bis zehn Stunden an einem Brett und detachiert, „das heißt, ich entferne sämtliche Flecken aus Kleidern... Viele — viele Kleider bekomme ich in die Hände, manches Kleid gefüllt mit und oft möchte ich mir das eine oder andere zulegen, aber das geht nicht, der Lohn ist zu niedrig... 49 Pfennig beträgt mein Stundenlohn, davon muß ich mit meiner Mutter, die auch auf Arbeit geht, den ganzen Haushalt bestreiten...“

Eine der „Unzufriedenen“: „Es ist so feierlich, so still. Wie im Traum stehe ich da. Auf einmal eine Stimme: „Willst du heute nicht arbeiten? Was, arbeiten in diesen dumpfen Fabrikräumen, dieser Tag ist wirklich so schade dazu. Für dich nicht, du Proletenmädels, gehe nur hinein in die stinkenden Fabrikräume und schufte, damit die Herren Unternehmer ihre Sommer sonst-

Frauen: Alarm!

Seid wachsam, Frauen!
Auch ihr seid berufen, am Volksstaat zu bauen!
Auch ihr seid berufen, mitzuberaten, mitzubestimmen, mitzuregieren, den Willen des Volkes mitzudiktieren, zu zimmern, zu schmieden mit Staatsbürgertaten die Zukunft der Kinder, das eigene Glück!
Das ist Politik!

Viel zu gewinnen, viel zu verlieren
habt ihr am Tage der kommenden Wahl.
Quittiert für die Sorge, den Hunger, die Qual!
Quittiert für die Zölle und Steuern,
die euch die bescheidenste Nahrung verteuern!
Quittiert für den Lohndruck durch Stegerwald,
den Ritter von der schwarzen Gestalt!
Quittiert für das Unrecht an Kranken,
die dem Zentrum die Strafe fürs Kranksein verdanken!
Quittiert für die Nöte und Plagen,
für die täglichen Schläge auf Tasche und Magen!
Quittiert mit stürmischer Bravour
für Wirtschaftsterror und Diktatur!

Seid darum wachsam, Frauen!
Auf euch schaut mit Vertrauen
das Volk der Arbeit im ganzen Land,
denn die Entscheidung liegt in eurer Hand!
Die SPD. muß siegen!
Die roten Fahnen fliegen
mit Liste 1 voran!
Vorant, Wählerinnen, vorant!
Nehmet den Bruder, den Mann,
den Onkel, die Tante,
die Freundin und jede Bekannte
zur Urne mit! —
Das ratet euch allen **Frau Schmidt.**

wo an der See verbringen können... Ein Sonntag ist auch viel zu wenig und neun Stunden im Betrieb zuviel... Wenn wir den Achtstundentag erst mal richtig hätten.“

Käthe schildert ihren Arbeitsbeginn: „Ich rückt die Maschine ein, wieder beginnt der Kampf ums Dasein. Rings um mich her lurt, lauft, schwirrt und rattert es, ohrenbetäubend, doch längst gemöhnt. „Das hohe Lied der Arbeit“ nennen es viele, doch mir klingt es wie ein höhnisches Lachen und Spottgesang... Durch mein Tagewerk zieht sich

das Wort „Aufford“

wie ein roter Faden. Einhundertvierundachtzig Spindeln zählt die Maschine. Die gleiche Anzahl Spulen enthält demnach ein Abzug. Viermal am Tage wird der Abzug voll, abgezogen, in den Kästen geladen und fortgeschafft. Dreihundertachtundsechzig Borgarnspulen werden täglich aufgelegt und beim Leerlaufen der Maschine neu aufgesteckt. Das sind zwar nur trockene Zahlen, die den Außenstehenden meist nichts zu sagen haben, mir aber sagen sie unendlich viel... Dazwischen muß die Maschine

geputzt und geölt werden, damit sie gut in Gang bleibt. Habe ich einmal eine Viertelstunde freie Zeit, dann helfe ich meiner Kollegin nebenan und diese dann wiederum mir. Dies alles muß aber im D-Zugtempo geschafft werden, denn sonst komme ich bei dem schnellen Laufen der Maschine mit der Arbeit gar nicht nach. Kommt dann noch dazu, daß die Mischung schlecht ist so wird das ganze eine wahre Hölle. Nichts als Säusen und Urbeist, und wenn der Tag zu Ende ist, kann man froh sein, wenn man trotz Akkordarbeit den Tagelohn herausgebracht hat... Auf mich wirkt diese monotone, immer wiederkehrende und dennoch treibende Arbeit zermürbend und aufreibend, ja manchmal sogar entmutigend...“

Eine Weberin: „Und trete ich dann in das große Arbeitshaus ein, in dem ungefähr 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, trete ich in den großen mit schlechter Luft gefüllten Raum, sehe ich die Schichtleute schon an ihrer Arbeit, dann fühle ich mich schon nicht mehr so frisch... Nun geht es an den Webstuhl, das Schiffchen fliegt herüber und hinüber, 2000mal am Tage, 2000mal dieselben Bewegungen, um den Mindestlohn zu verdienen. Bis zum Frühstück ist fast kein Aufschauen von der Arbeit: denn morgens fällt die Arbeit noch leicht, es ist die Zeit, in der das meiste geschafft wird.“

Aus der Spinnstofffabrik: „Ein großer Mangel ist das Prämiensystem.“

Da wird seitens der Firma versucht, das Mögliche und Beste aus den Arbeiterinnen herauszuschinden. Ein Betrug an den jugendlichen Mädels ist es auch, weil sie genau daselbe leisten müssen wie die älteren Kolleginnen und nicht einmal die gleiche Bezahlung dafür erhalten... Um 13 Uhr ist Schluss der ersten Schicht. Die Ablösung wartet. Die zweite Schicht bis um 11 Uhr ist unangenehm. Erstens durch die schlechte Luft, zweitens durch das angestrengte Sehen bei Licht. Am Feierabend ist mir gerade als ob die Käfigtür geöffnet wird...“

„Einen ganzen Tag von zu Hause fort, und auf diesen Tag folgen viele andere Tage, und so geht es weiter, tagaus, tagein.“

„Von Beruf bin ich Flechterin. Ich sollte meiner Gesundheit halber nicht mehr spinnen und habe einige Zeit im Tagelohn für 37,5 Pf. pro Stunde gearbeitet. Mit diesem Lohn konnte ich mir nichts anschaffen, so muß ich dann weitere Anforderungen an meine Gesundheit stellen...“ E. N. W., 23 Jahre alt.

„Immer dieses ewige Einerlei.“

Immer das Maschinengeratter. Eigentlich hören wir ja die Maschinen gar nicht mehr. Es ist bald, als ob wir taub wären. Wie oft sagen wir Mädels zueinander: „Wenn es doch erst 1/6 Uhr wäre, ich habe es richtig satt.“ E. Gr. Th., 26 Jahre.

M. F. W., 41 Jahre: „Jeden Wochentag, jahraus, jahrein heißt es früh 6 Uhr aufstehen, 17 Uhr geht es in den Betrieb. Die Gedanken auf dem Wege sind ganz woanders, nur nicht bei der Arbeit. Wie oft habe ich mir die Frage gestellt: wie kommt es, daß ich, obwohl die Gedanken andere Wege laufen, trotzdem im Betrieb ankomme? Lange kann ich aber nicht nachgrübeln, denn schon pfeift die Sirene und ohne Pause bis 12 Uhr stehe ich am Webstuhl... Da ich mit meiner Mutter zusammenwohne und wir den Haushalt zusammenführen, so wundere ich mich, wie eine Textilarbeiterin, die Frau und Mutter ist, also doppelte Pflichten hat, noch die Kraft hat, tagsüber ihrem Erwerb nachzugehen. Ich komme mir dann reich vor, wenn ich die Zeit habe, ein Buch zu lesen...“

In dem Nachwort der sehr beachtenswerten Schrift zieht der Textilarbeiterverband die Maßnahmen aus allen den Klagen, indem er seine besonderen Forderungen für die Beschäftigung der Textilarbeiterinnen begründet. —

Alle Frauen wählen am 14. September Sozialdemokraten, Liste Nummer 1

Die Zeitung des Bergmanns.

Ich muß doch mal wieder zum Gustav gehen, zu meinen Freunde muß ich gehen: zu Gustav, dem Bergmann. Es regnet, regnet, regnet — die Zechenpfehlung ist ganz in Grau und Grau gehüllt — in den Regenschirmen springen kleine silberne Fontänen hoch — und der Wind pfeift um die Hausednen, als ob ein Sturmangriff geschehe. Arras! Haus bei Haus, alle gleich — schwarz und düster: nur die blanken Scheiben und die Gezeiten und Fuchsen und die Beturinen vor den Fenstern: nur die reden von der Freude des Menschenherzens. Haus bei Haus — Nummer 8, Nummer 10 — na, drüber is es, da: Nummer 13. Hier wohnt Gustav, als Untermieter, Gustav der Bergmann, der Junggeheile, mein Freund!

Tag, Frau Wolz, is Gustav daheim? Sujo, das is er woll, er hat heute zwei Zeitungen gegriegt: da hat er drei Stunden dran zu lesen! — Na schön, ich geh mal 'nuff.

Hohoo, ruft mir der Gustav entgegen, scheen, daß de kommst, ich bin grad fertig — mit meinen Zeitungen. Hab se grad ausgelesen. Was 'n Wetter draußen — pardibumm — schnippschnappe — ritarauische — und die Bauern haben die Ernte noch nicht mal 'rein — wenn 's nen Herrgott gibt, dann will er woll all den Dreck von der Welt abwaschen: Weil er 's gar so arg regnen läßt! Und kalt ist es dabei. Na warte: ich steck den Spritkocher an — ich seih 'nen guten Tee durch, der wird uns wärmen und erheitern. Jawohl, erheitern — Aber Gustav, ich bin doch nicht traurig — Red nig, jagt Gustav: du aller Griesgram, sei nicht traurig, man redt 's ja doch die Traurigkeit an — Gustav, das riecht nach Regen, die nassen Kleider — Der Tee is fertig. Er dampft. Er duftet. Gustav seht 'neu Laib Pumpernickel hin, neben die Teekanne — 'n Taschentuch hast du woll? — Jo. — Und da is Margriete, un hier is noch 'n Zippel vun Leberwurst, 's is vun de gute. Mahlzeit!

Knispersnapper: brrrr! Sff — sff! Gustav, was knispert denn da hinten? — Das sind meine Mäuse. — Und Gustav holt die Mäuse. Ein großer blechener Bisquitkasten, vorne Glas, drinnen Holzwohle — oijeh: da sind se ja — und die Knispersnapper — die Mi-Ma-Mäuschen. Joi, wie scheen, wie niedlich, wie hibsch, wie possierlich — sie machen Männchen, vor der Brotkruste — Gustavs beide Mäuschen. Schneeweiß — mit kleinen glühenden Kohlepünktchen über dem spitzen Näschen: rote, rote Neugelein. — Ja, sagt Gustav, das ist meine Tierzucht, meine kleine stille Freude, ich hab kein Weib und kein Kind — etwas miß der Mensch haben, um es zu lieben — meine Liebe hier sind die Mäuschen. Mit denen kann ich mich immer

unterhalten — sie sagen mir keinen Widerspruch, ich habe immer das letzte Wort. Und nun hole ich meinen Wald — jagt Gustav —. Und vom Schranf hinten stellt er drei große graue Steinvasen auf den Teetisch — ringsum den Mäuselasten — in einer Vase stecken Lannenzweige, in der anderen Birkengrün, und in der Vase hier prunckt Eichenblatt. — So, laßt Gustav: da haste meine Landschaft: Wald und Wild! Rot-äugige Mäuselein und Birken und Lannen und Eichen. Mein Belitz, mein Landgut, mein Park — meine Freude.

Gustav gießt noch mal Wasser uffs Teelblatt — der zweite Teeguß wird 'n bißchen blaß — aber er schmeckt doch noch. Den Mäusen gibt Gustav 'nen Löffel voll Zucker, in die Holzwohle hinein — hojhoj: jejei — wie 's nun rischelt und raschelt — die Mäuschen wurden Bergleute, sie schürften in die Tiefe, auf weiße süße Kohle.

Und in der Tischschublade muß wohl was besonderes drin sein — Gustav sucht und wühlt da drinnen: dann hat er 's: zwei kleine braune Zigarren: Schwagerstumpen — und hier is Feuer. Wahrhaftig, sie rauchen, die Stumpen — du mußt se nur mit den Fingern 'n bißchen gerade biegen — die Lannenzweige duften nach Harz — wirklich: Gustav lebt im Wald!

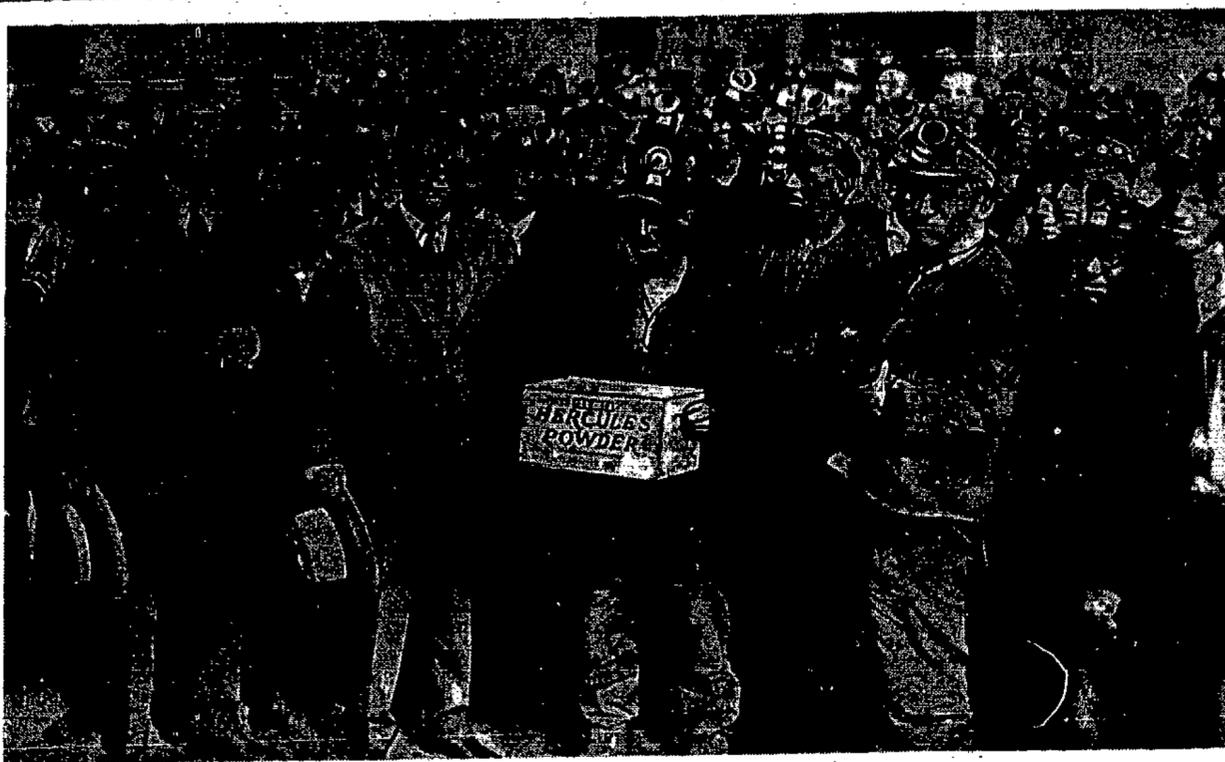
Ja — da hab ich nun meine Zeitungen durchgelesen — und er zieht und zieht an seinem Stumpen, der Gustav: an der Zigarre — meine Zeitung, meine Familie! Meine Unterhaltung, meine Sorge. Meine Freude, meine Hoffnung. Die Zeitung! Laß sehn, Gustav: Ja, die Bergmannszeitung, das freie Verbandsblatt, das Kampfblatt, das Interessentblatt, alle Woche kommt es —. Und nochmal ja: Gustavs politisches Tageblatt, das alle Abend kommt, die Parteizeitung. Ja, Gustav, das is richtige Lektüre. Haste auch Bücher? — Zwei. — Nanu, das is alles? — Gewiß. Das langt. Die Bibel und „Das Kapital“ von Marx. — Die Bibel, du Gustav, du: Sozialist? — Ei natürlich, jagt Gustav, die Bibel, jawohl: es gibt kein schöneres Gesbüchchenbüch. — Nur mußt du in der Bibel mit freien Augen lesen. Und dann: Marx — das Kapital: die Bibel in Wirtschaftsförm! Die Bibel: das soziale Arbeitsbüch — und Marx' Kapital: das soziale Arbeitsbüch! Anfang und Bollendung. Beginn und Fortsetzung. Ri-ra-ruschel, die Mäuschen. Draußen haut der Wind den Regen an die Scheiben — brrrrrr!

Gustav faltete die zwei Zeitungen zusammen: Ich lese heute abend im Bett noch was drin —. Aber weißt du: das hier, diese zwei hier: sind nicht allein meine Zeitungen — ich hab noch 'ne andre Zeitung, eine Zeitung aus Fleisch und Blut — und Gustav wirft sich bei diesen Worten ein wenig stolz ins

Kreuz — meine bedeutendste Zeitung ist das Antlitz der Menschen: da steht alles drauf — was es an Neuigkeiten, an Gesinnungen und an Größe und Niedertracht gibt! — Das Antlitz der Menschen, eine Zeitung, deine Zeitung: aber Gustav, wie soll ich das verstehen? — Klaaart, trumpft Gustav auf den Tisch: das Antlitz der Menschen, die Zeitung zu jeder Stunde. Du mußt nur in dieser wandelnden menschlichen Antlitzzeitung lesen können — die Augen: die Leberschriften der Weltartikel, die dich anziehen oder abstoßen! Die Züge um die Mundwinkel her: sofort kamste lesen, was das Antlitz politisch dir sagt — die zusammengekniffenen Lippen der Nationalisten, die Unschlissbaren — die Kommunisten, Gefährlichkeit zwischen Nasenflügel und Mundwinkel — die Nazis, Frechheit in den wüßtigen Negerlippen —. Ei Gustav, laß mich mal auf deinen Zeitungsmund schauen — sooo, ja wirklich, die Mundzüge meines Gustavs sind sanft, ernst, wohl haben sie den Unterzug der beruflichen Bitternis, die Finsternis der Grube schnitt den Mund meines Freundes untrüglich zu Stein, aber darüberhin fliegt die Sonne des Edelsinns, soziales Empfinden liegt im Antlitz meines Gustav. Verdammst noch mal, er hat nicht ganz unrecht, das Antlitz der Menschen wirkt wie eine Zeitung — die Zeit prägt sich ins Antlitz der Menschen. So wie die Zeit jeweilig auf das Innenleben der Menschen wirkt — so spiegelt sie sich wieder auf dem Antlitz der Menschen. Ein jeder Mensch trägt das Zeitungsblatt seines Innenlebens offen zur Schau. Weist, urteilt!

Schaaa, jagt Gustav, ich habe nie Langeweile — habe ich meine gedruckte Zeitung gelesen — dann gehe ich auf die Straße und lese meine lebende Zeitung. Die Antlitz der Menschen! Die liebe frohe Kinderzeitung — die Augen klar wie ein Märchen am Waldbach. Die Frauenzeitung — Antlitz aus den Antlitzigen der armen Frauen — und die Zeitung der „Dame“ in den überfetteten Polsterantlitzigen der Unternehmerrgattinnen. Die gelehrte Zeitung — mit Schnitt und Dünkel — die Antlitz der Akademikerkaste — stolze Zeitschriften für nur exklusive Kreise — armer Mann, guck nicht weg: habe du keine Angst, lese du kühn im Antlitz der Menschen, was für eine Druckerei sie im Herzen rotieren haben!

Es regnet, regnet, regnet. Es ist dunkel geworden, schummerig ist es draußen. Gustav knipst das Licht an. Die Zigarren sind ausgegangen — über das Gespräch von der Zeitung im Antlitz der Menschen. Gustav schenkt mir 'nen Lannenzweig, den steck ich an meine alte Mäuse — und die Gedanken von der lebenden Zeitung, die nehme ich vom Gustav auch mit — auch ich will lesen: alle Neuigkeiten und alle Gesinnung — im Antlitz der Menschen!
Max Dorta.



Fünfjähriger Tarifvertrag im amerikanischen Anthrazitbergbau.

Unter Bild zeigt eine Belegschaftsversammlung im amerikanischen Anthrazitbergbau, in der der Vorsitzende des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, John L. Lewis (Mitte), über den Abschluß des neuen Tarifvertrages berichtet hat. Der neue Tarifvertrag tritt am 1. September d. J. in Kraft und ist un kündbar bis zum 1. April 1936. Entgegen den Bemühungen der Unternehmer auf eine Herabsetzung der Löhne ist es den

amerikanischen Anthrazitbergarbeitern gelungen, die alte Lohnordnung aufrechtzuerhalten, die einen Zimmerhauerschichtlohn von 6,38 Dollar und für die Gedingehauer einen Schichtlohn von 1 Dollar je Schicht vorsieht. Der Tarifvertrag gilt für 150 000 Bergarbeiter.

Wir beglückwünschen die amerikanischen Bergarbeiter zu ihrem Erfolge!

Gestiegene Bergbaudividende.

Die Unternehmer aber verlangen Lohnabbau und Drosselung der Sozialfürsorge.

Die wichtigsten Millionen- und Börsengesellschaften der deutschen Wirtschaft schließen in den Monaten Oktober bis Dezember ab. Diese Abschlüsse mit etwa 11,5 Milliarden M. Aktienkapital umfassen rund 50 Prozent des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften. Publiziert werden die Abschlüsse in der Regel im Frühjahr und im Frühsommer. Es sei hier daran erinnert, daß die Unternehmer die Abschlüsse diesmal dazu benutzt haben, um in der Öffentlichkeit Stimmung für den Lohnabbau und eine Sabotage der Sozialfürsorge zu machen. Das ist ihnen leider allzuleicht gelungen. Immer, wo eine Dividendenkürzung vorgenommen wurde, wurde in die Welt hinausposaunt, die Industrierente sei in Gefahr und die Löhne müßten gesenkt werden. So wurde eigentlich erst die Atmosphäre für die Lohnsenkungssaktion des deutschen Unternehmertums geschaffen. Jetzt liegt eine Erhebung des Reichsstatistischen Amtes über die in Frage kommenden Geschäftsabschlüsse vor und wir suchen in dieser Erhebung vergeblich nach Gründen, die die Lohnabbaupropaganda des Unternehmertums rechtfertigen könnten. Wir finden keine. Die Zahl der Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist von 16,2 Prozent im Jahre 1928 auf 16,9 Prozent gestiegen. Das ist äußerst geringfügig. Die Steigerung kommt gar nicht in Betracht. Die Durchschnittsdividende hat sich von 7,52 Prozent im Jahre 1928 auf 7,49 Prozent verringert. Die Abflachung macht 0,03 Prozent aus, was angesichts der in Frage kommenden Summen gar nichts besagen will. Schaltet man aus der Erhebung die Banken und Versicherungsgesellschaften, die ausschließlich auf dem Gebiete des Geldverkehrs tätig sind, aus, dann ergibt sich eine Verringerung der Durchschnittsdividende in der eigentlichen produktiven Wirtschaft um 0,01 Prozent auf 7,14 Prozent. Die zur Ausschüttung der Dividende benötigte Summe hat sich aber von 754,3 auf 766 Mill. M. gesteigert. Trotz einer Kürzung der Durchschnittsdividende ist also die Dividendensumme größer als im vorigen Jahre. Das dürfte aber für die Entwicklung der Rentabilität und die Entwicklung der Industrierente entscheidend sein. Die Behauptung, die Industrie sei in Gefahr, ist nichts anderes als Bluff. Für den Bergbau und die Montanindustrie ergibt sich im einzelnen folgende Entwicklung:

	Durchschnittsdividende in Prozent		Dividendenzahlungen in Mill. M.	
	1929	1928	1929	1928
Gesamte Industrie	7,49	7,52	766,0	754,3
ohne Banken und Versicherungsgesellschaften	7,14	7,15	608,1	593,5
Steinkohlenbergbau	5,94	2,41	23,2	9,3
Braunkohle	9,74	9,49	19,8	19,3
Kali	11,47	11,43	43,5	46,3
Bergbau und Eisenindustrie	6,05	4,75	18,6	14,7

Angesichts des Lohnkonflikts interessiert natürlich die Situation im Steinkohlenbergbau. Für das finanzielle Ergebnis spielt natürlich der harte Winter 1928-29 eine Rolle, aber keine entscheidende. Ausschlaggebend ist im Steinkohlenbergbau zweifellos die Leistungssteigerung pro Kopf, die vorzugsweise der Rentabilitätsentwicklung zugute kommt. Wenn man im Steinkohlenbergbau Jahresgewinn und Jahresverlust für die erfaßten 17 Großgesellschaften gegenüberstellt, so ergibt sich eine Steigerung des Gewinnfaltes von 3 auf 5,6 Prozent des Eigenkapitals. Beim Bergbau haben auch die flüssigen Mittel mit 184 Mill. M. um 43 Mill. M. zugenommen. Die langfristige Verschuldung weist eine Erhöhung von 46,2 auf 81,9 Mill. M. auf, was sich durch einen Einzelfall, die Auslandsaufleiheaufnahme beim Harpener Konzern, erklären dürfte. Wesentlich ist auch ein Rückgang der fremden Mittel um rund 20 Prozent, der etwa 32 Mill. M. entsprechen dürfte.

In der Braunkohle liegt eine Steigerung der flüssigen Mittel von 99,8 auf 125,9 Mill. M. vor. Die flüssigen Mittel der Kaliindustrie haben sich von 394,3 Mill. M. auf 425 Mill. M. erhöht. Die Anlagen erhöhten sich, ein Zeichen des intensiven Ausbaus der Kaliindustrie, von 236,4 auf 280,4 Mill. M. Dabei wurden die Abschreibungen von 28,4 um 3 Mill. M. auf 31,4 Mill. M. heraufgesetzt. In der kombinierten Bergbau- und Eisenindustrie liegt eine Steigerung der Abschreibungen von 17 auf 25,5 Mill. M. vor.

So sieht die „Gefahr für die Industrierente“ aus! Und dieses Unternehmertum hat noch den Mut, einen Lohnabbau zu verlangen. Es gibt auch eine Regierung Brüning-Schiele, die diese Bestrebungen sanktioniert. Dem muß ein Halt zugerufen werden. Der Bergmann tut am besten, indem er am 14. September die Liste 1 (Sozialdemokraten) wählt! Friedrich Olk.

Sammeln!

Wahltag ist Zahltag! Am 14. September wird das deutsche Volk zur Wahl schreiten, um sich eine neue Volksvertretung zu geben. Die alte Regierung unter Führung des Zentrumsabgeordneten und Arbeiterführers Brüning, schon im Anbeginn mit starken Todeskeimen durchsetzt, hat durch Mehrheitsbeschluß des Reichstags ihr verdientes Ende erfahren. Wie konnte es auch anders sein, denn alle Maßnahmen, die von ihr getroffen wurden, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen, trafen lediglich die schwer arbeitenden und notleidenden Volksschichten.

Das Geschrei der Unternehmer und der besitzenden Klasse über starke Belastung der Wirtschaft durch Steuern, Sozialabgaben, hohe Löhne, fanden bei Brüning-Steigerwald ein williges Ohr. Und so kam es, daß die Renten der Armen und Schwachen herabgesetzt wurden, die Krankentafelleistungen eine Verschlechterung erfuhren und der Arbeitslosen, bei denen das Einkommen so schon geschmälert war. In steuerlicher Hinsicht erfolgte die Einführung der Regereuer, die jeder Bürger, soweit er Einkommen, ob hoch oder niedrig hat, bezahlen muß.

Weiter erfolgte eine Verteuerung der Waren, indem man die Konsum- und Warenhaussteuer einführt, obwohl man auf der anderen Seite die Löhne durch Gesetzesmaßnahmen (siehe Leynhauer Schiedspruch) herabsetzte. Die Forderung: Preisabbau, ist Schlagwort geblieben. Statt Senkung der Lebensmittel- und sonstigen Bedarfsartikelpreisen haben wir eine aufsteigende Linie zu verzeichnen. Ein paar Tatsachen sollen es beweisen. Milch wie Butter, so auch Eier, verteuerten sich. Die Miete auch. So wurde auch die Bekleidung teurer. Man könnte noch mehr anführen, doch genug. Die Regierung Brüning-Steigerwald hat eine Ausplünderung am schaffenden Volke vollzogen, wie es noch keine Regierung in der Nachrevolutionzeit fertiggebracht hat. Und wenn es noch weitere Worte des Beweises bedarf, so lassen wir einen Mann aus ihren Reihen sprechen.

War es nicht der Zentrumsabgeordnete und Genossenschaftsvertreter Schlaack, der da sagte: „Die Regierung Brüning ist die reaktionärste, die wir seit den Revolutionstagen gehabt haben, denn alle Maßnahmen, die sie bis jetzt getroffen hat, sind nicht für das Volk, sondern gegen dasselbe. Sie führt das Volk an den Bettelstab! Und wie kann eine Regierung es verantworten, der Arbeiterschaft den Brotkorb noch höher zu hängen, wo sie so schon auf dem letzten Loch pfeift!“ Das waren harte Worte.

Die 36. Beitragswoche
läuft vom 31. Aug. bis 6. Sept. 1930
 Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

Der Bohn blieb für ihn auch nicht aus. Schlaack war im Steuer- auschuß neben dem Zentrumsabgeordneten Herold. Schlaack wurde im Namen der Partei von Herold aufgefordert, sein Mandat im Steuerausschuß niederzulegen. Aber nach außen erklärte man, daß das Fernbleiben von Schlaack auf einen „Zusammenbruch der Nerven“ zurückzuführen sei.

Und was sagen die christlichen Arbeiter und Angestellten dazu? Werden sie etwas dagegen unternehmen, oder besser gesagt: können sie überhaupt etwas dagegen machen? Ja! Sage nein und noch, mais nein! Und warum nicht? Aus dem einfachen Grund, weil ein Einfluß der christlichen Arbeiter im Zentrum überhaupt nicht vorhanden ist, obgleich sie die weit höchste Stimmzahl darstellt. Denn eine Partei wie das Zentrum, welches ein Sammelbecken aller Stände: ob Grafen, Barone, Industrielle, Gelehrte, Beamten, Angestellte und zuletzt Arbeiter darbietet, kann keine Sozialpolitik im wahren Sinne des Wortes betreiben. Das lassen sich die von Natur aus egoistischen Gruppen nicht gefallen. Arbeiterinteressen werden eben nur in der Sozialdemokratie konsequent vertreten.

Der ganze bürgerliche Blätterwald ist schon jetzt darauf eingestellt, der Sozialdemokratie bei der Wahl eins auszuwichsen. Und dazu müssen alte Ladenaüter mal wieder herhalten. Vor allen Dingen ist in letzter Stunde die Religion wieder in Gefahr. Aber sie verzissen dabei ganz, daß sie es gerade sind, die dem Volk durch ihre „Angottlichkeit“ den Glauben nehmen. Denn hat Gott mit Hilfe der Arbeiter den Reichtum in Hülle und Fülle, so wie ihn heute die Erde bietet, lediglich nur für eine gewisse Sorte Menschen geschaffen? Wenn nicht, warum sorgt man dann nicht dafür, daß ein gewisser Ausgleich geschaffen wird? Und zwar so, daß das Leben für alle Menschen erträglich wird. Nicht die Religion wird seitens der Sozialdemokratie gefährdet, sondern der Geldsack! Wer das aber bis heute noch nicht glaubt, den soll folgende Tatsache belehren:

Wir alle wissen, daß zwischen dem preußischen Staat und der Kirche ein Vertrag (Konkordat) zustande gekommen ist. Und zwar hat die Kirche mit einem großen Plus dabei abgeschlossen. Also hören wir, was ein Zentrumsmann — es ist kein simpler Arbeiter — dazu sagt:

Auf dem preußischen Zentrumsparlament am 12. Mai 1930 sagte ein gewisser Dr. Heß folgendes: „Der große Erfolg für uns war das Konkordat, die Entfugung der sozialdemokratischen Minister. Das Konkordat ist ein historisches Ereignis von weltgeschichtlicher Größe. Ungehindert können wir zu jeder Zeit unseren katholischen Glauben offenbaren“ usw.

Ob man nun noch weiter den Anhängern aus den Arbeiterkreisen glauben machen will, daß die Sozialdemokratie die geborene Todfeindin der Kirche ist? Das wird wohl schwer halten. Doch geschehen wirs. Aber immer mehr erkennen die Arbeiter, evangelisch oder dissidentisch, sondern: bist du gewillt, mit uns gemeinsam unsere Wirtschaftsinteressen zu vertreten, so wie es die besitzende und gebildete Klasse tut, dann gehörst du zu uns!

Es ist die höchste Zeit, denn das Barometer steht auf Sturm. Wenn es so weitergeht, dann wird Oswald Spengler recht bekommen, dann ist der „Untergang des Abendlandes“ nicht mehr aufzuhalten! Wir Arbeiter sind die Träger einer neuen Kultur. Wer bis jetzt noch nicht begriffen hat, was hinter seinem Rücken gespielt wird, der gehört nicht auf diese Welt.

Mammon ist stets bei den andern Trumpf. Nur eine Seele haben sie und das ist: Geschäft! Doch wir wollen für alle schaffen und eintreten. So erheischt es die wahre Menschlichkeit! Wer das will, der gebe am Wahltag der Sozialdemokratie die Stimme. W. Höbusch.

Weshalb die Christlichen gegen die freien Gewerkschaften hehen.

Der christliche Gewerkschaftskongreß 1929 beschloß zur Frage der Arbeitslosenversicherung:

„Der Kongreß weist die unberechtigten Angriffe der Gegner der deutschen Sozialpolitik gegen die Arbeitslosenversicherung entschieden zurück.“

Die dadurch hervorgerufene große Beunruhigung der Arbeiterschaft veranlaßt den Kongreß, die schnellste Verabschiedung der Vorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung durch die gefegkenden Körperschaften zu fordern. An den Grundlagen der Versicherung darf nicht gerüttelt werden, alle Abbaubestrebungen sind entschieden zurückzuweisen. Der Postage der Kurzarbeiter ist durch entsprechenden Ausbau der Versicherung mehr als bisher Rechnung zu tragen. Durch geeignete Maßnahmen ist jedoch jeder Mißbrauch des Gesetzes zu unterbinden.

Der Kongreß fordert die Beteiligung der Allgemeinheit an den Kosten der Arbeitslosenversicherung, deren Höhe auf außergewöhnliche Ursache, wie Krieg, Reparation, Inflation usw. zurückzuführen ist und deshalb nicht auf die Betroffenen allein abgewälzt werden darf.“

1930 unterstützen und verteidigen die Christlichen die Brüning-Regierung, die auf Wunsch der Unternehmer mit dem grundsätzlichen Abbau der Arbeitslosenversicherung begann.

Christliche Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Am 31. August 1929 schrieb der „Bergknappe“:
„Der Ansturm der Arbeitgeber gegen die Arbeitslosenversicherung ist in das Endstadium getreten... Der Entwurf der Regierung zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung bringt keine gerechte Lösung... Gegen diesen Plan erheben wir schärfsten Protest... Wenn die Arbeitgeber in der Arbeitslosenversicherung Erfolg haben, wird die Knappschafft an die Reihe kommen... Sie sagen zwar auch hier, sie wollten nur Auswüchse zur Binderung der sozialpolitischen Belastung ausmergen, doch ist das nur ein Deckmantel für sie, ein Köder für weniger gut unterrichtete Staatsbürger.“

Was damals an Abbau der Arbeitslosenversicherung drohte, ist von der Sozialdemokratie abgewehrt worden, während das Zentrum anfänglich weitgehende Abbauanträge stellte.

Die Notverordnungen Brünings haben diesen Raub vollendet, Zentrum und christliche Gewerkschaften geben ihren Segen dazu. Und darüber hinaus:

- 50 Pf. für jeden Krankenschein!
- 50 Pf. für jedes Rezept!
- Klärt die Unwissenden auf!

Gebt den Sozialräubern die richtige Antwort:

Liste 1, Sozialdemokratie!

Der Verbandstag der Metallarbeiter.

Der 19. ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin wird seine besondere Bedeutung für immer behalten. Mit dem Verbandstag zugleich war die Ueberführung des Vorstandes nach Berlin und die Einweihung des neuen Verbandshauses verbunden. Das äußerst repräsentable Haus in der Alten Jakobstraße konnte vor der Eröffnung von den Delegierten besichtigt werden. Der Vorstand wird dieses Haus den Delegierten und Gästen mit besonderem Stolz gezeigt haben. Zeigt doch dieses Gebäude recht sinnfällig den Aufstieg dieser größten deutschen gewerkschaftlichen Organisation. Aber auch die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen werden nach Inauguration des Hauses die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung das feste Glied der Internationalen ist und bleiben wird. Der Begrüßungsabend im „Sportpalast“ war für alle Teilnehmer ein Ereignis, waren doch an die 15 000 Personen in diesem riesigen Raum versammelt, um der feierlichen Begrüßung der Generalversammlung beizuwohnen.

Der Verbandstag fand in dem schönen Saal der Kroll-Oper statt. Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Georg Reichel, eröffnete den Verbandstag und begrüßte die Delegierten und die zahlreich erschienenen Gäste. Der Vorsitzende des DGB., Kollege Leipart, der zum erstenmal nach seiner langen Krankheit in der Öffentlichkeit auftrat, hieß den Verband im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes willkommen. Er beglückwünschte den Deutschen Metallarbeiterverband zu seinem großartigen Aufstieg und zu dem neuen Verbandshaus.

Den Bericht des Vorstandes erstattete der Verbandsvorsitzende Alwin Brandes. Er wies auf die große Arbeitslosenzahl hin, die besonders die Metallarbeiter so hart betroffen hat. Trotz den Hemmnissen, die einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik entgegenstehen, konnte der Verband seinen Aufstieg fortsetzen. Er zählt heute rund 950 000 Mitglieder. Unendlich schwere Kämpfe hatte der DMB. in der Berichtsperiode durchzuführen. Wir erinnern nur an die Ausperrung in der Nordwestgruppe und an den Kampf der Werftarbeiter. Das Treiben der Kommunisten, welches besonders im DMB. sichtbar ist, wurde von Brandes ins rechte Licht gerückt. Wie sehr der Einfluß dieser Elemente im Verband zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß auf dem Verbandstag nur ein halbes Duzend

Oppositionell und noch dazu „Brandleraner“ anwesend waren. Der Hauptkassierer Schäfer konnte mit Stolz von der Entwicklung der Massenverhältnisse berichten. Wie der DMB. von der Wirtschaftskrise mitgenommen wird, ist daraus ersichtlich, daß 1929 für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nicht weniger als 22 Mill. M. ausgegeben wurden. Für die gleichen Unterstützungszweige kamen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 17 Mill. M. zur Auszahlung.

Aus dem Bericht der Schriftleitung, den Kummer gab, erhielt man einen Begriff, was ein Verbandsorgan von dieser Größe für die Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Kummer konnte mit einem gewissen Stolz den erfolgreichen Ausbau der „Metallarbeiter-Zeitung“ seit dem letzten Verbandstag erwähnen. Ein Blatt von einer Million Auflage ist ein erzieherisches und bildendes Mittel von hohem Wert. Es muß selbst das Vorbild schaffen und selbst Vorbild sein. Diesem Vorsatz habe die Schriftleitung nachgeeifert.

Die Aussprache war eine sehr ausgiebige. Mit seltener Einmütigkeit stimmten die Kollegen aus dem Lande der Arbeit des Verbandsvorstandes zu. Aus den Reden der Delegierten konnte man aber auch entnehmen, wie eine erfolgreiche Verbandsarbeit durch die Wirtschaftskrise behindert wird. Im weiteren Verlauf des Verbandstages sprach der Sekretär des Hauptverbandes, Schließler, über „Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“. Redner breitete ein riesiges Material vor den Delegierten über dieses Thema aus. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Wenn trotz des Warenüberflusses und gesteigerter Erzeugungsmöglichkeiten Millionen arbeitswilliger Menschen Not und Hunger leiden, so liegt die Ursache dieses Widerpruchs in der längst überholten privatwirtschaftlichen Grundlage der Wirtschaft. Die Lösung dieses Widerspruchs kann nur in der Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsform und der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft gefunden werden.“

Neben der Erörterung solcher grundlegenden Fragen wurde eine ergiebige Organisationsarbeit geleistet. Lagen doch rund 300 Anträge dem Verbandstag vor. Als der Verbandstag am 26. August zu Ende ging, hatte wohl jeder Teilnehmer das Gefühl, an einer bedeutsamen Tagung teilgenommen zu haben. Vorsitzender Reichel schloß den Verbandstag mit dem Gelöbniß, daß der DMB. in derselben konsequenten Weise, wie bisher zum Wohle der Mitglieder tätig sein werde.

Bereiche dieser Unfallhilfsstellen (Braunkohlenbergbau) hat sich die Mastenatmung weiter durchgesetzt, so daß Mundatmung im Berichtsjahre nur auf einem Tiefbauwerke bei Benutzung eines Gerätes Dräger Modell 1923 Verwendung fand. Sämtliche in Ernstfällen und zu Übungszwecken vorgenommene Arbeiten mit Gaschuggeräten konnten ohne Zwischenfälle erledigt werden. Zur Ausbildung der Grubenrettungsleute wurden im Berichtsjahre ein achtstägiger Lehrgang für die Ausbildung neuangestellter Rettungsleute und acht vierstägige Wiederbelebungsverläufe abgehalten. An diesen Kursen nahmen insgesamt 59 Personen teil. Die Unfallhilfsstelle ist im Berichtsjahre zweimal unter Verwendung von Gaschuggeräten bei Brandbekämpfungsarbeiten auf Tiefbauwerken mit Erfolg eingesetzt worden. Durch den Knappschafftsarzt in Borna wurden im Berichtsjahre im Auftrage des Bergbauischen Vereins Neuausbildungen von Sanitätsmannschaften durchgeführt. Ferner wurden 349 Krankentransporte ausgeführt, wobei 384 Personen befördert wurden. Im Auftrage des sächsischen Finanzministeriums hat der Leiter der Unfallhilfsstelle Borna, Herr Dipl.-Ing. Stephan, auch an der Bergakademie Freiberg Vorlesungen und Übungen mit Gaschuggeräten veranstaltet. Ueber die Unfallhilfsstelle Delsnik i. E. wird folgendes berichtet: An Stelle der durch Tod, Pensionierung, Krankheit oder aus anderen Gründen abgangenen 29 Mann der Grubenrettungsmannschaften sind 31 neu ausgebildete Leute getreten. Bei der Auswahl der letzteren sind die verschiedenen Berufsweige, z. B. Elektriker, Zimmerlinge, Schlosser, Schmiede usw. berücksichtigt worden.

Die Zahl der Grubenwehrleute beträgt 213, davon sind 8 Oberführer, 49 Führer, 142 Rettungsleute und 14 Gerätewärter. Zur Förderung eines planmäßigen Ineinanderarbeitens der Grubenwehren mit den Betriebsärzten fand im Berichtsjahre auf einer Schichtanlage eine größere Übung statt, an der sich das dienstfreie Personal der Unfallhilfsstelle, Grubenrettungsmannschaften und Betriebsärzte beteiligten. An freitragbaren Gaschuggeräten (Dräger) waren vorhanden 74, an Schlauchgeräten 20 und an Wiederbelebungsgeräten 12. Bei dieser Unfallhilfsstelle wird im Gegensatz zu der Unfallhilfsstelle Borna von den Rettungsmannschaften bei Ernstfallarbeiten statt der Mastenatmung die Mundatmung bevorzugt, besonders bei hohen Temperaturen. Ein Unfall hat sich während der Arbeit im Gaschuggerät ereignet, dessen Ursachen nicht haben festgestellt werden können. Der betreffende Rettungsmann ist infolge dieses Unfalles 14 Wochen arbeitsunfähig gewesen. Zur Ausbildung neuangestellter Grubenwehrleute bei den elf bestehenden Grubenwehren wurden fünf je achtstägige Ausbildungslehrgänge im Grubenrettungsdienst und in der ersten Hilfe abgehalten, an welcher 1 Dipl.-Bergingenieur, 1 Grubenbeamter und 29 Arbeiter teilnahmen. In 102 Übungsstunden fanden Pflichtübungen von eintägiger Dauer für Grubenwehren statt, an denen 794 Grubenwehrleute teilnahmen. Da, wie oben erwähnt, nur 218 ständige Grubenwehrleute im Bereiche dieser Unfallhilfsstelle vorhanden sind, so sind die einzelnen Wehrleute augenscheinlich so oft geübt worden, als sie an den Übungen teilgenommen haben, sonst wäre die Teilnehmerzahl von 794 unerklärlich. Ferner wurden sechs Lehrtage von zweitägiger Dauer für Betriebsärzte in der Ausführung der künstlichen Atmung durch Hand und mittels der Wiederbelebungsgeräte abgehalten. Die Wiederbelebungsgeräte wurden mit den neuesten Masken für Männer, Frauen und Kinder ausgerüstet. Im Berichtsjahre wurden an der Unfallhilfsstelle gemeinsam mit Rettungsmannschaften der Strecke Arbeiten ausgeführt bei 14 Grubenbränden, wobei im einzelnen Falle 6 bis 24 Apparatträger befristigt waren mit einer Gesamtzahl von Atemstunden im Gerät von 1157, in Temperaturen von 27,5 bis 41,8 Grad Celsius.

Zur Rettung von Menschen brauchen die Gaschuggeräten im Berichtsjahre nicht eingesetzt zu werden. Zu Wiederbelebungsarbeiten wurde die Unfallhilfsstelle im Berichtsjahre siebenmal angefordert, und zwar viermal mit Erfolg (dreimal Gasvergiftung, einmal Verkohlung) und dreimal ohne Erfolg (zwei Unfälle mit elektrischem Strom, ein Unfall durch Ertrinken). Von der Unfallhilfsstelle wurden ferner 1700 Transporte von Kranken und Verletzten und 185 Transporte im Interesse des Grubenrettungswesens ausgeführt. In den mit der Unfallhilfsstelle verbundenen Wohnungen sind der Leiter und drei Gehilfen untergebracht, so daß auch hier größtmögliche Alarmbereitschaft gesichert ist.

In der Unfallhilfsstelle Zwickau wurde im Berichtsjahre die Organisation des Rettungswesens auch auf die Kofereibetriebe ausgedehnt und zu diesem Zwecke Mannschaften aus diesen Betrieben im Gaschutz und in der Wiederbelebung ausgebildet. Die einzelnen Grubenwehren zählten zusammen 203 Wehrleute, davon 56 Führer und 147 Rettungsleute. Dies sind nur Mannschaften, die ihre vierteljährlichen Pflichtübungen regelmäßig ablegten oder innerhalb dieser Zeit an Ernstfallarbeiten beteiligt waren. In der Unfallhilfsstelle selbst und auf einzelnen Werken waren insgesamt vorhanden 32 Gaschuggeräten, 5 Schlauchgeräte, 1 Filtergerät und 15 Wiederbelebungsgeräte. Auch im Bereiche dieser Zweigstelle wird von den Rettungsmannschaften bei Ernstfallarbeiten aus Sicherheitsgründen und der besseren Sicht wegen die Mundatmung bevorzugt. Dagegen bevorzugen sie bei Übungen in den Übungsstrecken, also nicht in Gasgemischen, die Dräger-Gesichtsmasken. Für Gaschutz und Wiederbelebung fanden im Berichtsjahre drei achtstägige Ausbildungslehrgänge statt, an denen 1 Feuerwehrrinspektor, 2 Kofereiangestellte, 7 Kofereiarbeiter und 9 Grubenarbeiter teilnahmen. Außerdem beendeten 22 Schüler der Bergschule Zwickau ihre Ausbildung im Grubenrettungsdienst. An 51 Fortbildungs- und Aufklärungskursen von eintägiger Dauer beteiligten sich 149 Angestellte und 406 Arbeiter. Diese Kurse fanden meistens in unatembaren Wettern unter Tage statt.

Im Berichtsjahre wurden von der Unfallhilfsstelle gemeinsam mit Rettungsmannschaften der Werke Arbeiten ausgeführt bei 4 Grubenbränden, 1 Aufklärungsdienst, Bergung von Toten, Wetterproben usw., wobei in den einzelnen Fällen 1 bis 27 Geräteträger beteiligt waren. Die Zahl der Transporte von Kranken und Verletzten betrug 1665 und die im Interesse des Grubenrettungswesens ausgeführten Transporte 33. Insgesamt wurden also mit den der Sektion 7 zur Verfügung stehenden 6 Krankenkräften 3714 Kranke und Verletzte befördert. Die Krankenkräften sind nicht Eigentum der Sektion 7, sondern der sächsischen Knappschafft. Die Betriebs- und Unterhaltskosten dieser Wagen wurden von beiden gemeinsam getragen.



Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelesene Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband!

Aus dem Ruhrgebiet.

Ein „Führer“ der KPD.

Vom Einbrecher zum Redakteur und Gewerkschaftspalter.

Man schreibt uns:

Ein neuer Stern am kommunistischen Himmel ist Herr Johann Biesfang aus Steele. Das Treiben dieses braunen Moskauts könnte uns vollständig gleichgültig bleiben, wenn nicht Herr Biesfang schon dazu übergegangen wäre, unsere Organisation und deren bewährte Führer anzugreifen. Am 17. August hatte die sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (R.G.O.) in acht Städten des Ruhrgebietes Konferenzen von „oppositionellen“ (lies: unorganisierten) Bergleuten einberufen. In der Versammlung in Essen, in welcher etwa 60 Unentwegte erschienen waren, sprach Herr Biesfang (von der Redaktion des „Ruhr-Echos“). Zweieinhalb Stunden lang leierte er einen Sermon ab, der eine Zusammenziehung von kommunistischen Phrasen darstellte, die nichts, aber auch gar nichts Neues enthielt. Wenn auch die sogenannten Delegierten und Funktionäre manchmal recht bedenklich gähnten, so gab es doch auch hin und wieder Beifall, und zwar an den Stellen, wo Herr Biesfang gegen die „Arbeitervertreter in der Gewerkschaftsbürokratie“ gewaltig vom Leder zog. Wir können darauf verzichten, seine Anwürfe wiederzugeben, aber wir wollen Herrn Biesfang, weil er uns als Organisation angegriffen hat, einmal ein wenig auf die schmutzigen Finger klopfen.

Die Finger des Herrn Biesfang sind sehr schmutzig, wie wir gleich sehen werden. Das erstmal tauchte sein Name am 5. Mai 1914 in den niederrheinischen Tageszeitungen auf, weil er an Tage vorher durch die Strafkammer in Cleve wegen Einbruchsdiebstahls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Wenn er sich in seinem Leben weiter nichts hätte zuschulden kommen lassen, würden wir die letzten sein, die darüber ein Wort verlieren, aber seit dieser Zeit hat Herr Biesfang es auf die stattliche Zahl von zwölf Vorstrafen gebracht, die diesen „Weltrevolutionär“ im besten Lichte zeigen. Darum ist es unsere Pflicht, unsere Mitglieder und darüber hinaus die breite Öffentlichkeit darüber aufzuklären, welche Leute in der Redaktion des Kommunistenblattes Unterschlupf finden können, um von dort aus die gemeinsten Verleumdungen gegen die Führer der Arbeiterchaft, insbesondere die freigewerkschaftlichen Verbandsfunktionäre, zu schleudern. Allerdings wird bei einer derartigen Vergangenheit eines Redakteurs manches in der nicht zu überbietenden Schreibweise der kommunistischen Sudelpresse verständlich.

Im Februar 1915 stand Herr Biesfang schon wieder vor der Strafkammer in Cleve. Diesmal brumnte man ihm wiederum wegen Einbruchsdiebstahls sieben Monate Gefängnis auf. Im Mai des gleichen Jahres wurden ihm durch das Schöffengericht in Elberfeld noch drei Wochen Gefängnis wegen Hehlerei zudiktirt.

Dann wurde Herr Biesfang Soldat. Die Rage läßt das Mausen nicht, und bekanntlich waren im Kriege die Eigentumsbegriffe sowieso etwas unterschiedlich. Herr Biesfang hatte wiederum das Pech, gefchnappt zu werden. Das Militärgericht verdonnerte ihn wegen Diebstahls im Rückfalle, unerlaubter Entfernung, Selbstbefreiung und noch mehrerer kleiner Delikte zu drei Jahren Gefängnis und sechs Wochen Haft, drei Jahren Ehrverlust und Degradierung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Kein Wort würden wir über eine solche Strafe des Herrn Biesfang verlieren, wenn sie seine einzige wäre. Aber sie muß genannt werden, um sein Charakterbild vollständig zu zeichnen. Am 17. September 1919 verurteilte ihn das Gericht der stellvertretenden Infanterie-Brigade in Flensburg wegen Rückfalle diebstahls zu fünf Monaten Gefängnis. Was machte Herr Biesfang fast ein Jahr nach der Revolution beim Militär? War er auch „Moskebandit“? Die Antwort mag Herr Biesfang seinen Freunden in der KPD. selbst geben, wir werden sie gegebenenfalls ergänzen.

Vier Jahre später, im September 1923, stand Herr Biesfang wiederum wegen militärischer Vergehen vor Gericht. In Charlottenburg verknackste man ihn zu sechzehn Tagen Gefängnis

wegen unerlaubter Entfernung und Unterschlagung von Dienstgegenständen. Kleine Strafe, aber was machte der „Weltrevolutionär“ eigentlich bei der Reichswehr?

Nun aber kommt die Strafe, die Herrn Biesfang von seiner edelsten Seite zeigt: Im August 1925 verurteilte ihn das Schöffengericht in Duisburg wegen Falschhinterziehung und Freistreiberei zu 2095,20 M. Geldstrafe, eventuell für je 50 M. ein Tag Gefängnis. Die widerlichsten Kreaturen der Nachkriegszeit waren die Schieber und Schleicherhändler, die für ihre Waren unverhältnißmäßige Preise forderten und aus der Not ihrer Volksgenossen Kapital schlugen. Mit Abscheu muß sich jeder anständige Mensch von diesen Subjekten abwenden. In Rußland werden solche Verbräcker wegen Volksverrat erschossen. Die kommunistische Partei im Ruhrgebiet machte diesen würdigen Volksgenossen zum Redakteur des „Ruhr-Echos“ in Essen und zum Mitglied der Parteileitung im Ruhrgebiet!

Selbstverständlich hat Herr Biesfang auch schon einige Strafen wegen Beleidigung durch die Presse erhalten, weitere werden voraussichtlich folgen, doch diese wollen wir nicht für so schwerwiegend ansehen. Die gekennzeichneten „Brunkflücker“ seines Sündenregisters dürften genügen, auch kommunistischen Arbeitern die Augen zu öffnen über Leute, die sich als Apostel der kommunistischen Heilslehre gebärden, dabei aber nichts weiter sind, als Abenteurer niedrigster Gesinnung, wie wir an diesem kommunistischen „Muster“redakteur sehen! Herrn Biesfang aber, der nach seiner wechselvollen Laufbahn nur zur Abwechslung auch einmal bei der Veracklung der Gewerkschaften durch die KPD. mitwirken möchte, sagen wir: Es mag Ihnen mancher Einbruch gelungen sein, der Einbruch in die freien Gewerkschaften gelingt Ihnen nicht!

Bergarbeiter! Könnt ihr einer Partei, die Leute vom Schlage des Herrn Biesfang in führender Stellung hat, eure Stimme geben? Gebt diesen Auch-Politikern, die weder politisch noch moralisch eine reine Weste anhaben, am 14. September die gebührende Antwort! Wählt Liste 1.

Sachsen.

Ueber die Tätigkeit der Unfallhilfsstellen der Sektion 7 der Knappschafftsberufsgenossenschaft (Borna b. Leipzig, Delsnik i. E., Zwickau)

berichtet der Sektionsvorstand auch in seinem von uns auszugewiesene in der Nr. 34 der „Bergbau-Industrie“ abgedruckten Geschäftsberichte für das Jahr 1929. Für die Unfallhilfsstelle Borna ist eine Gebäude angekauft und im Berichtsjahre zweckentsprechend umgebaut worden. Durch die Indienststellung dieser neuen Räume hat das sächsische Grubenrettungswesen, so wird in dem Bericht ausgeführt, einen erfreulichen Schritt vorwärts getan, da das vorhandene Material an Apparaten für den Grubenrettungsdienst als auch das Unterrichtsmaterial für die Ausbildung der Mannschaften erst durch die Unterbringung in eigenen zweckentsprechend hergerichteten Räumen zur vollen Geltung und Auswertung gelangen konnte. In der neuen Unfallhilfsstelle befinden sich ausreichend große Räume für die Unterbringung der Rettungsgeräte und der Krankenwagen, ferner eine Reparaturwerkstatt, Lampenladekammer und Sauerstoffraum. Für die Ausbildung der Grubenrettungsmannschaften steht ein Unterrichtsraum für den theoretischen Unterricht zur Verfügung. Für die praktische Ausbildung ist eine Übungsstrecke vorhanden. In dem Gebäude der Unfallhilfsstelle wohnt auch das aus einem Leiter und drei Gehilfen bestehende Personal, wodurch die Alarmbereitschaft der Unfallhilfsstelle auf das höchstmögliche Maß gesteigert worden ist. Die Zahl der ausgebildeten Rettungsmannschaften (Grubenwehren) im Bereiche der Unfallhilfsstelle Borna betrug im Berichtsjahre 91. Am Ende des Berichtsjahres waren in der Unfallhilfsstelle selbst und in den Rettungsstellen vorhanden an Gaschuggeräten 20, Schlauchgeräten 3, Wiederbelebungsgeräten 12. In

Aus dem Saargebiet.

Beschlechterung in der Krankenversicherung.

Regierungskommission und Grubenverwaltung im Krankengeldraub der Bergarbeiter einig.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat mit Hilfe des Zentrumsministers Romann und seiner sozialpolitischen rechten Hand, dem Herrn Ministerialdirektor Thyssen, ohne daß eine sozialpolitische Notwendigkeit vorhanden war, den kranken Arbeitern des Saargebiets durch ihre bekannte Novelle bedeutende Verschlechterungen aufgezwungen. Diese Verschlechterung trifft besonders die Saarbergarbeiter und sonstige betriebliche Krankenkassen, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte Stimmrecht besitzen und deshalb ein Ausgleich gegenüber den gesetzlichen Verschlechterungen des Zentrumsministers wie in den Ortskrankenkassen, in welchen die Arbeitnehmer zwei Drittel Stimmrecht haben, äußerst erschwert ist. Trotzdem die Knappschaftskrankenkassen Millionenüberschüsse erzielt haben, werden die kranken Saarbergarbeiter zum Hungern gezwungen. Die Erfolge, welche die Organisationen auf dem Krankentaggelände in bezug der Familienhilfe, der Zahlung des vollen Krankengeldes bei Krankenhausbehandlung, der Zahlung der Sonn- und Feiertage hatten, sind durch die Verordnung der Regierungskommission und ihres sogenannten Sozialministers beseitigt.

Die Herren Saarminister, welche täglich 800 Fr. Einkommen haben, haben diktiert, daß der kranke Bergarbeiter, der pro Tag 15 Fr. mit seiner Familie zu verzehren hat, er nur noch 7,50 Fr. erhält. Auf der einen Seite 800 Fr. täglich, auf der anderen Seite die kranke Bergarbeiterfamilie mit 7,50 Fr. Einen größeren Lohn auf die zur Zeit betriebene bürgerliche Sammlungspolitik kann es wohl nicht geben.

Der arme kranke Bergarbeiter soll des weiteren 10 Prozent seiner Arzneikosten tragen. Dadurch ist der Korruption Tür und Tor geöffnet. Es ist unglücklich, wie eine Regierungskommission, in welcher ein ehemaliger Bergarbeiter als Minister

führt, der dazu noch die Verantwortung der betreffenden Abteilung trägt, solche arbeiterfeindliche Verordnungen erlassen kann! Jahrelang verlangen die Arbeiter Einführung der deutschen Gesetzgebung. Gegen alle Forderungen ist die Regierungskommission bis heute taub geblieben. Wenn es jedoch gilt, der deutschen reaktionären vom Zentrum geführten Brüning-Regierung Vorparandien zu leisten, da steht auch die sonst nicht gerade deutschfreundliche Saarregierung als erste bei der Hilfsleistung. Brüning, Stegerwald und Köpman, weltanschauliche Freunde, warum sollen sie nicht auch gemeinsam in dem Diktaturgebilde des Saargebiets die kranken Arbeiter ausbeuten?

Wenn es gilt, Arbeitgeberinteressen zu vertreten, dann ist die sogenannte Saarregierung als erste auf dem Damm. Abbau der Arbeitslosenfürsorge, Abbau der Krankenbezüge zeichnen den reaktionären Weg der Reaktionäre hüben wie drüben. Die Bergwerksdirektion bezieht sich nun, sich der willkommenen Verordnung der Regierungskommission anzupassen. Nach dem bestehenden Tarifvertrag wird das Frauen- und Kindergeld für alle Tage, an welchen Krankengeld gezahlt wurde, von Seiten des Arbeitgebers weiter gezahlt. Da für Sonn- und Feiertage nach der Verordnung kein Krankengeld mehr gezahlt wird, stellt auch die Grubenverwaltung die Bezahlung der Frauen- und Kinderbezüge ein.

Nachstehende Dienstanweisung wurde von Seiten der Grubenverwaltung an die Verwaltungsstellen herausgegeben:

„Saarbrücken, den 4. August 1930.

Zahlung der Familienzulagen in Krankheitsfällen.

Gemäß Verordnung der Regierungskommission vom 9. Juli d. J. — in Kraft getreten am 15. Juli 1930 — betreffend Änderungen des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung (Krankenversicherung) wird für alle Krankheitsfälle, die vom 15. Juli 1930 ab eingetreten sind, seitens der Saarknappschaft das Krankengeld allgemein nur noch für Ur- und Feiertage, also nicht mehr Sonn- und gesetzliche Feiertage gezahlt. Da nach den Bestimmungen des Lohnvertrages

nom 11. November 1929 Artikel 6, Absatz 2, Punkt 2 das Frauen- und Kindergeld nur für diejenigen Tage bezahlt wird, für welche der Arbeiter seitens der Knappschaftskrankenkasse nur Krankengeld bezieht, wird folgendes bestimmt:

1. Für alle nach dem 15. Juli 1930 eingetretenen Krankheitsfälle wird das Frauen- und Kindergeld nur noch für die Arbeitstage gezahlt, wie dies während der beiden ersten Krankheitswochen bereits der Fall war. Für Sonn- und gesetzliche Feiertage kommt daher eine Zahlung der Familienzulagen nicht mehr in Betracht. Als gesetzliche Feiertage gelten nach der Verordnung der Regierungskommission vom 30. Mai 1924: Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Allerheiligen, erster und zweiter Weihnachtstag, Buß- und Bettag im preußischen Teil des Saargebiets, Maria Himmelfahrt (15. August) im bayerischen Teil des Saargebiets.
2. Für die vor dem 15. Juli 1930 eingetretenen Krankheitsfälle bleibt es bis zur Erledigung dieser Fälle bei dem bisherigen Verfahren.

Was sagen die christlich organisierten Arbeiter zu diesem Schandstreich auf die Bezüge der Ärmsten, der kranken Bergarbeiter? Auf der einen Seite baut man Denkmäler, die Millionen verschlingen und auf der anderen Seite läßt man kranke Arbeiter durch Gesetzesbestimmungen verhungern.

Wir hoffen, daß diese Sozialdiktatur auch dem letzten Arbeiter die Augen öffnet, indem er mit dem Verband der Bergbauindustriearbeiter für die Beseitigung der heutigen Klassengegenätze eintritt!

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Essen-Holsterhausen. Vom 21. September bis 5. Oktober. Bücher bereithalten!

Unter Tage

ein guter Begleiter ist der würdige und billige

GEG

Kautabak

aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten
In Rollen Stangen Bündeln und Hufeisenform
nur im Konsumverein

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre

Gute Taschenuhr nur 2,90

- Nr. 3 Herren- und Damenuhr 2,90
- Nr. 4 verstellb. m. Goldschm. 3,90
- Nr. 5 m. bel. Wert u. Nachschm. 4,90
- Nr. 6 Springbrunnen, verstellb. eleg. Dekoration, gutes Werk 5,90
- Nr. 8 Schmuckuhr La. verstellb. 7,90
- Nr. 9 Dam.-Armb.-Uhr, verstellb. 7,90
- Nr. 10 verstellb. m. Goldschm. 9,90
- Nr. 11 verstellb. m. Goldschm. 12,90
- Nr. 12 verstellb. m. Goldschm. 15,90
- Nr. 13 verstellb. m. Goldschm. 18,90
- Nr. 14 verstellb. m. Goldschm. 21,90
- Nr. 15 verstellb. m. Goldschm. 24,90
- Nr. 16 verstellb. m. Goldschm. 27,90
- Nr. 17 verstellb. m. Goldschm. 30,90

Billige böhmische Bettfedern

Vertrauliches, best-reelles christliches Haus!
1 Stück große Halb-...
2 Stück große Halb-...
3 Stück große Halb-...
4 Stück große Halb-...
5 Stück große Halb-...
6 Stück große Halb-...
7 Stück große Halb-...
8 Stück große Halb-...
9 Stück große Halb-...
10 Stück große Halb-...
11 Stück große Halb-...
12 Stück große Halb-...
13 Stück große Halb-...
14 Stück große Halb-...
15 Stück große Halb-...
16 Stück große Halb-...
17 Stück große Halb-...
18 Stück große Halb-...
19 Stück große Halb-...
20 Stück große Halb-...
21 Stück große Halb-...
22 Stück große Halb-...
23 Stück große Halb-...
24 Stück große Halb-...
25 Stück große Halb-...
26 Stück große Halb-...
27 Stück große Halb-...
28 Stück große Halb-...
29 Stück große Halb-...
30 Stück große Halb-...
31 Stück große Halb-...
32 Stück große Halb-...
33 Stück große Halb-...
34 Stück große Halb-...
35 Stück große Halb-...
36 Stück große Halb-...
37 Stück große Halb-...
38 Stück große Halb-...
39 Stück große Halb-...
40 Stück große Halb-...
41 Stück große Halb-...
42 Stück große Halb-...
43 Stück große Halb-...
44 Stück große Halb-...
45 Stück große Halb-...
46 Stück große Halb-...
47 Stück große Halb-...
48 Stück große Halb-...
49 Stück große Halb-...
50 Stück große Halb-...
51 Stück große Halb-...
52 Stück große Halb-...
53 Stück große Halb-...
54 Stück große Halb-...
55 Stück große Halb-...
56 Stück große Halb-...
57 Stück große Halb-...
58 Stück große Halb-...
59 Stück große Halb-...
60 Stück große Halb-...
61 Stück große Halb-...
62 Stück große Halb-...
63 Stück große Halb-...
64 Stück große Halb-...
65 Stück große Halb-...
66 Stück große Halb-...
67 Stück große Halb-...
68 Stück große Halb-...
69 Stück große Halb-...
70 Stück große Halb-...
71 Stück große Halb-...
72 Stück große Halb-...
73 Stück große Halb-...
74 Stück große Halb-...
75 Stück große Halb-...
76 Stück große Halb-...
77 Stück große Halb-...
78 Stück große Halb-...
79 Stück große Halb-...
80 Stück große Halb-...
81 Stück große Halb-...
82 Stück große Halb-...
83 Stück große Halb-...
84 Stück große Halb-...
85 Stück große Halb-...
86 Stück große Halb-...
87 Stück große Halb-...
88 Stück große Halb-...
89 Stück große Halb-...
90 Stück große Halb-...
91 Stück große Halb-...
92 Stück große Halb-...
93 Stück große Halb-...
94 Stück große Halb-...
95 Stück große Halb-...
96 Stück große Halb-...
97 Stück große Halb-...
98 Stück große Halb-...
99 Stück große Halb-...
100 Stück große Halb-...

Sichere Existenz

und ein Monatslohn von mindestens 200 Mark
durch Anschaffung der neuartigen Universal-Schnellstrickmaschine „REKORD“
Die Erzeugung von Strümpfen und anderen, heute so modernen gestrickten Kleidungsstücken im eigenen Hause ist ein schöner, selbstständiger Beruf oder Nebenberuf, der ohne Vorkenntnisse überall leicht betrieben werden kann. Auch wir kaufen die fertiggestellten Waren zu guten Preisen. Auskunft gratis. Schreiben Sie noch heute an die Firma
Rekord-Strickmaschinen, Ratibor 5

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.
1 Mio. graue geschlossene, 3-er, halbweiße 4-er, weiße 5-er, bessere 6-er, 7-er, 8-er, 9-er, 10-er, beste Sorte 12-er, 13-er, 14-er, 15-er, 16-er, 17-er, 18-er, 19-er, 20-er, 21-er, 22-er, 23-er, 24-er, 25-er, 26-er, 27-er, 28-er, 29-er, 30-er, 31-er, 32-er, 33-er, 34-er, 35-er, 36-er, 37-er, 38-er, 39-er, 40-er, 41-er, 42-er, 43-er, 44-er, 45-er, 46-er, 47-er, 48-er, 49-er, 50-er, 51-er, 52-er, 53-er, 54-er, 55-er, 56-er, 57-er, 58-er, 59-er, 60-er, 61-er, 62-er, 63-er, 64-er, 65-er, 66-er, 67-er, 68-er, 69-er, 70-er, 71-er, 72-er, 73-er, 74-er, 75-er, 76-er, 77-er, 78-er, 79-er, 80-er, 81-er, 82-er, 83-er, 84-er, 85-er, 86-er, 87-er, 88-er, 89-er, 90-er, 91-er, 92-er, 93-er, 94-er, 95-er, 96-er, 97-er, 98-er, 99-er, 100-er, 101-er, 102-er, 103-er, 104-er, 105-er, 106-er, 107-er, 108-er, 109-er, 110-er, 111-er, 112-er, 113-er, 114-er, 115-er, 116-er, 117-er, 118-er, 119-er, 120-er, 121-er, 122-er, 123-er, 124-er, 125-er, 126-er, 127-er, 128-er, 129-er, 130-er, 131-er, 132-er, 133-er, 134-er, 135-er, 136-er, 137-er, 138-er, 139-er, 140-er, 141-er, 142-er, 143-er, 144-er, 145-er, 146-er, 147-er, 148-er, 149-er, 150-er, 151-er, 152-er, 153-er, 154-er, 155-er, 156-er, 157-er, 158-er, 159-er, 160-er, 161-er, 162-er, 163-er, 164-er, 165-er, 166-er, 167-er, 168-er, 169-er, 170-er, 171-er, 172-er, 173-er, 174-er, 175-er, 176-er, 177-er, 178-er, 179-er, 180-er, 181-er, 182-er, 183-er, 184-er, 185-er, 186-er, 187-er, 188-er, 189-er, 190-er, 191-er, 192-er, 193-er, 194-er, 195-er, 196-er, 197-er, 198-er, 199-er, 200-er, 201-er, 202-er, 203-er, 204-er, 205-er, 206-er, 207-er, 208-er, 209-er, 210-er, 211-er, 212-er, 213-er, 214-er, 215-er, 216-er, 217-er, 218-er, 219-er, 220-er, 221-er, 222-er, 223-er, 224-er, 225-er, 226-er, 227-er, 228-er, 229-er, 230-er, 231-er, 232-er, 233-er, 234-er, 235-er, 236-er, 237-er, 238-er, 239-er, 240-er, 241-er, 242-er, 243-er, 244-er, 245-er, 246-er, 247-er, 248-er, 249-er, 250-er, 251-er, 252-er, 253-er, 254-er, 255-er, 256-er, 257-er, 258-er, 259-er, 260-er, 261-er, 262-er, 263-er, 264-er, 265-er, 266-er, 267-er, 268-er, 269-er, 270-er, 271-er, 272-er, 273-er, 274-er, 275-er, 276-er, 277-er, 278-er, 279-er, 280-er, 281-er, 282-er, 283-er, 284-er, 285-er, 286-er, 287-er, 288-er, 289-er, 290-er, 291-er, 292-er, 293-er, 294-er, 295-er, 296-er, 297-er, 298-er, 299-er, 300-er, 301-er, 302-er, 303-er, 304-er, 305-er, 306-er, 307-er, 308-er, 309-er, 310-er, 311-er, 312-er, 313-er, 314-er, 315-er, 316-er, 317-er, 318-er, 319-er, 320-er, 321-er, 322-er, 323-er, 324-er, 325-er, 326-er, 327-er, 328-er, 329-er, 330-er, 331-er, 332-er, 333-er, 334-er, 335-er, 336-er, 337-er, 338-er, 339-er, 340-er, 341-er, 342-er, 343-er, 344-er, 345-er, 346-er, 347-er, 348-er, 349-er, 350-er, 351-er, 352-er, 353-er, 354-er, 355-er, 356-er, 357-er, 358-er, 359-er, 360-er, 361-er, 362-er, 363-er, 364-er, 365-er, 366-er, 367-er, 368-er, 369-er, 370-er, 371-er, 372-er, 373-er, 374-er, 375-er, 376-er, 377-er, 378-er, 379-er, 380-er, 381-er, 382-er, 383-er, 384-er, 385-er, 386-er, 387-er, 388-er, 389-er, 390-er, 391-er, 392-er, 393-er, 394-er, 395-er, 396-er, 397-er, 398-er, 399-er, 400-er, 401-er, 402-er, 403-er, 404-er, 405-er, 406-er, 407-er, 408-er, 409-er, 410-er, 411-er, 412-er, 413-er, 414-er, 415-er, 416-er, 417-er, 418-er, 419-er, 420-er, 421-er, 422-er, 423-er, 424-er, 425-er, 426-er, 427-er, 428-er, 429-er, 430-er, 431-er, 432-er, 433-er, 434-er, 435-er, 436-er, 437-er, 438-er, 439-er, 440-er, 441-er, 442-er, 443-er, 444-er, 445-er, 446-er, 447-er, 448-er, 449-er, 450-er, 451-er, 452-er, 453-er, 454-er, 455-er, 456-er, 457-er, 458-er, 459-er, 460-er, 461-er, 462-er, 463-er, 464-er, 465-er, 466-er, 467-er, 468-er, 469-er, 470-er, 471-er, 472-er, 473-er, 474-er, 475-er, 476-er, 477-er, 478-er, 479-er, 480-er, 481-er, 482-er, 483-er, 484-er, 485-er, 486-er, 487-er, 488-er, 489-er, 490-er, 491-er, 492-er, 493-er, 494-er, 495-er, 496-er, 497-er, 498-er, 499-er, 500-er, 501-er, 502-er, 503-er, 504-er, 505-er, 506-er, 507-er, 508-er, 509-er, 510-er, 511-er, 512-er, 513-er, 514-er, 515-er, 516-er, 517-er, 518-er, 519-er, 520-er, 521-er, 522-er, 523-er, 524-er, 525-er, 526-er, 527-er, 528-er, 529-er, 530-er, 531-er, 532-er, 533-er, 534-er, 535-er, 536-er, 537-er, 538-er, 539-er, 540-er, 541-er, 542-er, 543-er, 544-er, 545-er, 546-er, 547-er, 548-er, 549-er, 550-er, 551-er, 552-er, 553-er, 554-er, 555-er, 556-er, 557-er, 558-er, 559-er, 560-er, 561-er, 562-er, 563-er, 564-er, 565-er, 566-er, 567-er, 568-er, 569-er, 570-er, 571-er, 572-er, 573-er, 574-er, 575-er, 576-er, 577-er, 578-er, 579-er, 580-er, 581-er, 582-er, 583-er, 584-er, 585-er, 586-er, 587-er, 588-er, 589-er, 590-er, 591-er, 592-er, 593-er, 594-er, 595-er, 596-er, 597-er, 598-er, 599-er, 600-er, 601-er, 602-er, 603-er, 604-er, 605-er, 606-er, 607-er, 608-er, 609-er, 610-er, 611-er, 612-er, 613-er, 614-er, 615-er, 616-er, 617-er, 618-er, 619-er, 620-er, 621-er, 622-er, 623-er, 624-er, 625-er, 626-er, 627-er, 628-er, 629-er, 630-er, 631-er, 632-er, 633-er, 634-er, 635-er, 636-er, 637-er, 638-er, 639-er, 640-er, 641-er, 642-er, 643-er, 644-er, 645-er, 646-er, 647-er, 648-er, 649-er, 650-er, 651-er, 652-er, 653-er, 654-er, 655-er, 656-er, 657-er, 658-er, 659-er, 660-er, 661-er, 662-er, 663-er, 664-er, 665-er, 666-er, 667-er, 668-er, 669-er, 670-er, 671-er, 672-er, 673-er, 674-er, 675-er, 676-er, 677-er, 678-er, 679-er, 680-er, 681-er, 682-er, 683-er, 684-er, 685-er, 686-er, 687-er, 688-er, 689-er, 690-er, 691-er, 692-er, 693-er, 694-er, 695-er, 696-er, 697-er, 698-er, 699-er, 700-er, 701-er, 702-er, 703-er, 704-er, 705-er, 706-er, 707-er, 708-er, 709-er, 710-er, 711-er, 712-er, 713-er, 714-er, 715-er, 716-er, 717-er, 718-er, 719-er, 720-er, 721-er, 722-er, 723-er, 724-er, 725-er, 726-er, 727-er, 728-er, 729-er, 730-er, 731-er, 732-er, 733-er, 734-er, 735-er, 736-er, 737-er, 738-er, 739-er, 740-er, 741-er, 742-er, 743-er, 744-er, 745-er, 746-er, 747-er, 748-er, 749-er, 750-er, 751-er, 752-er, 753-er, 754-er, 755-er, 756-er, 757-er, 758-er, 759-er, 760-er, 761-er, 762-er, 763-er, 764-er, 765-er, 766-er, 767-er, 768-er, 769-er, 770-er, 771-er, 772-er, 773-er, 774-er, 775-er, 776-er, 777-er, 778-er, 779-er, 780-er, 781-er, 782-er, 783-er, 784-er, 785-er, 786-er, 787-er, 788-er, 789-er, 790-er, 791-er, 792-er, 793-er, 794-er, 795-er, 796-er, 797-er, 798-er, 799-er, 800-er, 801-er, 802-er, 803-er, 804-er, 805-er, 806-er, 807-er, 808-er, 809-er, 810-er, 811-er, 812-er, 813-er, 814-er, 815-er, 816-er, 817-er, 818-er, 819-er, 820-er, 821-er, 822-er, 823-er, 824-er, 825-er, 826-er, 827-er, 828-er, 829-er, 830-er, 831-er, 832-er, 833-er, 834-er, 835-er, 836-er, 837-er, 838-er, 839-er, 840-er, 841-er, 842-er, 843-er, 844-er, 845-er, 846-er, 847-er, 848-er, 849-er, 850-er, 851-er, 852-er, 853-er, 854-er, 855-er, 856-er, 857-er, 858-er, 859-er, 860-er, 861-er, 862-er, 863-er, 864-er, 865-er, 866-er, 867-er, 868-er, 869-er, 870-er, 871-er, 872-er, 873-er, 874-er, 875-er, 876-er, 877-er, 878-er, 879-er, 880-er, 881-er, 882-er, 883-er, 884-er, 885-er, 886-er, 887-er, 888-er, 889-er, 890-er, 891-er, 892-er, 893-er, 894-er, 895-er, 896-er, 897-er, 898-er, 899-er, 900-er, 901-er, 902-er, 903-er, 904-er, 905-er, 906-er, 907-er, 908-er, 909-er, 910-er, 911-er, 912-er, 913-er, 914-er, 915-er, 916-er, 917-er, 918-er, 919-er, 920-er, 921-er, 922-er, 923-er, 924-er, 925-er, 926-er, 927-er, 928-er, 929-er, 930-er, 931-er, 932-er, 933-er, 934-er, 935-er, 936-er, 937-er, 938-er, 939-er, 940-er, 941-er, 942-er, 943-er, 944-er, 945-er, 946-er, 947-er, 948-er, 949-er, 950-er, 951-er, 952-er, 953-er, 954-er, 955-er, 956-er, 957-er, 958-er, 959-er, 960-er, 961-er, 962-er, 963-er, 964-er, 965-er, 966-er, 967-er, 968-er, 969-er, 970-er, 971-er, 972-er, 973-er, 974-er, 975-er, 976-er, 977-er, 978-er, 979-er, 980-er, 981-er, 982-er, 983-er, 984-er, 985-er, 986-er, 987-er, 988-er, 989-er, 990-er, 991-er, 992-er, 993-er, 994-er, 995-er, 996-er, 997-er, 998-er, 999-er, 1000-er, 1001-er, 1002-er, 1003-er, 1004-er, 1005-er, 1006-er, 1007-er, 1008-er, 1009-er, 1010-er, 1011-er, 1012-er, 1013-er, 1014-er, 1015-er, 1016-er, 1017-er, 1018-er, 1019-er, 1020-er, 1021-er, 1022-er, 1023-er, 1024-er, 1025-er, 1026-er, 1027-er, 1028-er, 1029-er, 1030-er, 1031-er, 1032-er, 1033-er, 1034-er, 1035-er, 1036-er, 1037-er, 1038-er, 1039-er, 1040-er, 1041-er, 1042-er, 1043-er, 1044-er, 1045-er, 1046-er, 1047-er, 1048-er, 1049-er, 1050-er, 1051-er, 1052-er, 1053-er, 1054-er, 1055-er, 1056-er, 1057-er, 1058-er, 1059-er, 1060-er, 1061-er, 1062-er, 1063-er, 1064-er, 1065-er, 1066-er, 1067-er, 1068-er, 1069-er, 1070-er, 1071-er, 1072-er, 1073-er, 1074-er, 1075-er, 1076-er, 1077-er, 1078-er, 1079-er, 1080-er, 1081-er, 1082-er, 1083-er, 1084-er, 1085-er, 1086-er, 1087-er, 1088-er, 1089-er, 1090-er, 1091-er, 1092-er, 1093-er, 1094-er, 1095-er, 1096-er, 1097-er, 1098-er, 1099-er, 1100-er, 1101-er, 1102-er, 1103-er, 1104-er, 1105-er, 1106-er, 1107-er, 1108-er, 1109-er, 1110-er, 1111-er, 1112-er, 1113-er, 1114-er, 1115-er, 1116-er, 1117-er, 1118-er, 1119-er, 1120-er, 1121-er, 1122-er, 1123-er, 1124-er, 1125-er, 1126-er, 1127-er, 1128-er, 1129-er, 1130-er, 1131-er, 1132-er, 1133-er, 1134-er, 1135-er, 1136-er, 1137-er, 1138-er, 1139-er, 1140-er, 1141-er, 1142-er, 1143-er, 1144-er, 1145-er, 1146-er, 1147-er, 1148-er, 1149-er, 1150-er, 1151-er, 1152-er, 1153-er, 1154-er, 1155-er, 1156-er, 1157-er, 1158-er, 1159-er, 1160-er, 1161-er, 1162-er, 1163-er, 1164-er, 1165-er, 1166-er, 1167-er,